



AUSGABE 11 · 34. JAHRGANG · 13. WAHLPERIODE · 17.7.2003

## Jüdisches Leben

S. 3

Einstimmig hat der Landtag die Resolution zum jüdischen Leben in NRW verabschiedet. Prominente jüdische Gäste empfahlen, dass auch die anderen Landtage diesem Beispiel Nordrhein-Westfalens folgen.

## Nachtragshaushalt

S. 4

Angesichts der Konjunktur kommt das Land um neue Schulden und um einen Nachtragshaushalt nicht herum. Regierungslager und Opposition nutzten die Aktuelle Stunde zur Debatte über die Koalitionskrise.

## Kopftuchstreit

S. 9

Halbjahresbericht des Petitionsausschusses. Themen wie Schulbussicherheit, Windenergie und Strafvollzug standen im Fokus. Aber auch der Streit um ein Kopftuch in einer Schule.



## Frauenförderung

S. 12/13

Eine Bilanz über Erfolge und Ziele bei der Förderung von Frauen in Wissenschaft und Forschung ziehen in einem Gespräch mit „Landtag intern“ vier Abgeordnete aus den im Landtag vertretenen Fraktionen.

Frauen sind in wichtigen Bereichen immer noch unterrepräsentiert. Sie erhalten weniger Lohn, sie steigen seltener in Spitzenpositionen auf, sie haben größere Schwierigkeiten, Familie und Beruf zu vereinbaren. Daran etwas zu ändern, braucht Geduld, Geld und Zeit. Dieser Prozess hat in den letzten Jahren an Dynamik gewonnen, Förderprogramme tun ein Übriges, dass er sich beschleunigt. Beispiel Wissenschaft und Forschung: Hier ist nach Angabe des Statistischen Bundesamts die Zahl der Frauen, die sich für eine Professorenstelle qualifizieren, deutlich gegenüber dem Vorjahr gestiegen. In Nordrhein-Westfalen gibt es ermutigende Daten und Entwicklungen, wie im Schwerpunktthema dieses Heftes nachzulesen ist.

Foto: Schälte

## Wort und Widerwort:

### Wie ist der Frauenanteil in Wissenschaft und Forschung zu steigern?

Frauen vorwiegend als Erzieherinnen im Kindergarten, als Sprechstundenhilfe oder hinter der Ladentheke? Und die Lupe her, wenn man sie in beruflichen Leitungsfunktionen sucht? Das kann es nicht sein: Dort wo der Staat maßgeblichen Einfluss hat, sei es als Arbeitgeber oder Verteiler von Fördermitteln, hat er sich die Förderung von Frauen auch und gerade in Spitzenpositionen auf die Fahnen geschrieben. Wie sieht es in einem solchen Bereich aus? Die vier Fraktionen im Landtag haben Wissenschaft und Forschung ins Visier genommen. Hier hat sich an den Hochschulen schon einiges getan - aber noch nicht genug (Seite 10).



## Frauen in der Wissenschaft: Kind oder Karriere – oder beides?

# Inhalt

<b>Mehr Service im Landtag</b>	<b>2</b>
<b>„Stolz, ein Bürger des Landes zu sein“</b>	<b>3</b>
<i>Paul Spiegel nach der Debatte zum jüdischen Leben</i>	
Fraktionen einstimmig für Untersuchungsausschuss	3
<b>Koalition geht zuversichtlich an die Arbeit für das Land</b>	<b>4/5</b>
<i>Opposition fordert in Haushaltsdebatte Neuanfang</i>	
<b>Biotonne nicht einführen, Abwasserabgabe abschaffen</b>	<b>6</b>
<i>FDP-Vorschläge stoßen bei Koalition auf strikte Ablehnung</i>	
<b>Aktuelle Stunde zum „Desaster bei der WestLB“</b>	<b>7</b>
<i>Sorge über hohe Risiken in weltweiten Geschäften</i>	
<b>„Bei der Einigung einen großen Schritt nach vorne getan“</b>	<b>8</b>
<i>Rechte der Länder im europäischen Verfassungsentwurf gestärkt</i>	
<b>Halbjahresbericht des Petitionsausschusses</b>	<b>9</b>
Videoüberwachung/Mittelstandsgesetz, Private Pflegekosten/Landesbetrieb Straßenbau	9
<b>Wort und Widerwort</b>	<b>10</b>
<i>Wie ist der Frauenanteil in Wissenschaft und Forschung zu steigern?</i>	
<b>Hauptproblem: Vereinbarkeit von Familie und Beruf</b>	<b>11</b>
<i>Landtag erörtert den zu geringen Frauenanteil in Wissenschaft und Forschung</i>	
Ministerium legt dem Frauenausschuss aktuelle Daten vor	11
<b>Deutschland darf kein Entwicklungsland für Frauen bleiben</b>	<b>12/13</b>
<i>Interview: Abgeordnete fordern neue Rahmenbedingungen</i>	
<b>Finanznot der Gemeinden</b>	<b>14</b>
<b>DNA-Analyse auch schon bei Bagatelldelikten?</b>	<b>15</b>
<b>Unterausschuss „beerdigt“ Metrorapid</b>	<b>16</b>
Eine-Welt-Politik in NRW bald im Internet	16
<b>Kritik am Konzept der Ganztagsgrundschule</b>	<b>17</b>
Gebühren der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten	17
<b>Aktuelles aus den Ausschüssen</b>	<b>18</b>
<b>Türkei: Noch ein langer Weg in Richtung EU</b>	<b>19</b>
<i>FDP-Landtagsfraktion zu Besuch in der Türkei</i>	
<b>Ende September öffnet der Landtag seine Pforten</b>	<b>20/21</b>
<i>Das Programm der vier Fraktionen</i>	
<b>Aus den Fraktionen</b>	<b>22</b>
<b>Porträt der Woche: Ralf Witzel (FDP)</b>	<b>23</b>
Ehrenplakette für Ulrich Schmidt/Ehrenzeichen für die Feuerwehr	23
Impressum	23
<b>Geburtstage und Personalien</b>	<b>24</b>

## Mehr Service im Landtag

Die einen nutzen Make-up, um sich zu verschönern, die anderen greifen zu chirurgischen Mitteln. Der Landtag wählt die sanfte Methode. Denn im nächsten Frühjahr soll das Foyer ein neues Gesicht bekommen. Modern, freundlich, offen – heißt die Devise. Der Landtag soll zur Begegnungsstätte für Bürger und Abgeordnete werden. Denn Landtagspräsident Ulrich Schmidt versteht sich auch als Dienstleister für die Menschen in Nordrhein-Westfalen. Nicht nur die Abgeordneten sollen sich gleich beim Eintritt in das Parlamentsgebäude wohl fühlen, sondern auch jede Besucherin und jeder Besucher, die Tag für Tag ins Haus strömen.

Ein Espresso beim Zeitungslesen, ein Souvenir vom Landtag für die Daheimgebliebenen und jede Menge Informationen: So stellen sich die Planer rund um Professor Eller, dem Erbauer des Landtags, die neue Espresso-Bar in der Eingangshalle vor. Hier kann man nicht nur seinen Kaffee trinken, sondern auch Zeitungen kaufen, Andenken an das Parlamentsgebäude erwerben und den Blick auf den Rhein genießen. Wer sich noch weiter informieren möchte, kann dies über einen Flachbildschirm tun. Dort, wo jetzt noch die Infothek steht, wird bald umgebaut. Die Infothek kommt raus, die Garderoben erst einmal weg.

### KURZE WEGE

Besucher legen ihre Jacken und Mäntel demnächst dort ab, wo jetzt noch ein Computer-Schulungsraum im Erdgeschoss untergebracht ist. Und die Toiletten werden direkt in dem Raum dahinter platziert. Damit werden die Wege für die vielen Gäste des Parlamentsgebäudes kürzer.

Aus der Infothek wird eine Espresso-Bar mit Shop und Abgeordnetengarderobe. Die Möbel werden so montiert, dass sie jederzeit schnell und einfach wieder abgebaut werden können, damit auch weiter die Fläche für Ausstellungen genutzt werden kann. Dazu soll es neue PCs geben, damit sich jeder über das Angebot des Landtags schlau machen kann.

Schon jetzt in der Sommerpause legen die Bauarbeiter los. Rohre werden gelegt. Und das bedeutet Lärm und Schmutz. Im Herbst wird dann die Infothek abmontiert und die Besuchergarderoben und -toiletten werden eingerichtet. Sieben Wochen sind nötig, um zwischen der Herbst- und Weihnachtspause die Vorbereitungen für die Espresso-Bar und den Shop zu treffen. In der Weihnachtspause wird schließlich Espresso-Bar samt Shop und Empfangstresen installiert. Alles für ein modernes Parlamentsgebäude mit noch mehr Bürgernähe. **SH**

## Paul Spiegel nach der Debatte zum jüdischen Leben:

# „Stolz, ein Bürger des Landes zu sein“

Mit lebhaftem Beifall begrüßten die Landtagsabgeordneten am 2. Juli die prominenten Vertreterinnen und Vertreter der Jüdischen Gemeinden in Nordrhein-Westfalen auf der Zuhörertribüne des Landtags: Paul Spiegel, Präsident des Zentralrats der Juden in Deutschland und Vorstandsvorsitzender des Landesverbands der Jüdischen Gemeinden von Nordrhein, Hanna Sperling, Vorstandsvorsitzende des Landesverbands der Jüdischen Gemeinden von Westfalen-Lippe und Vorstandsvorsitzende der Jüdischen Gemeinde in Dortmund, Ebi Lehrer, Vorstandsvorsitzender der Zentralwohlfahrtsstelle der Juden in Deutschland und Vorstandsmitglied der Synagogen-Gemeinde Köln, Esra Cohn, Mitglied des Vorstands des Landesverbands der Jüdischen Gemeinden von Nordrhein und Vorstandsvorsitzender der Jüdischen Gemeinde Düsseldorf sowie der Geschäftsführer des Landesverbands der Jüdischen Gemeinden von Nordrhein, Herbert Rubinstein.

Freude nach einmütiger Debatte (v.l.): Die Fraktionsvorsitzenden Sylvia Löhrmann (GRÜNE) und Dr. Jürgen Rüttgers (CDU), Paul Spiegel, Landtagspräsident Ulrich Schmidt, Edgar Moron, SPD-Fraktionsvorsitzender, Dr. Ingo Wolf, Chef der FDP-Fraktion und Staatskanzleiminister Wolfram Kuschke (SPD). Foto: Schälte

Sie hatten auf der Empore Platz genommen und verfolgten von hier aus die engagierte und mit tiefem Ernst geführte Debatte des Plenums zum jüdischen Leben in NRW. Angestoßen von einem Antrag der CDU-Fraktion (Drs. 13/2681) und der FDP (Drs. 13/2737) hatten die vier Fraktionen sich auf ein gemeinsames Papier verständigt. Einstimmig wurde der fraktionübergreifende Antrag (Drs. 13/3886) mit dem Titel „Jüdisches Leben in Nordrhein-Westfalen – mehr Wissen, mehr Vertrauen“ angenommen. Nach der Beratung trafen die Gäste mit dem Landtagspräsidenten und den Fraktionsführern und Hauptausschuss-Fraktionsprechern zu einem Empfang zusammen.

Dabei kam Landtagspräsident Ulrich Schmidt auf seinen Besuch der Neuen Synagoge Berlin zurück: Dort habe er ein aus

tausend Splintern wieder zusammengefügtes Becken für die rituelle Waschung, eine Mikwe, gesehen - diese zerstörte und wieder hergestellte Mikwe habe ihn erinnert an die Jüdischen Gemeinden in Deutschland und Nordrhein-Westfalen: „Die jüdischen Gemeinden haben sich nach der Shoah neu gebildet, zögerlich zunächst, aber sie sind stetig gewachsen und heute fester Bestandteil des Lebens. Das erfüllt mein Herz mit ganz besonderer Freude.“ Er wünsche sich, so Schmidt weiter, dass es verstärkt Begegnungen von jüdischen und nicht-jüdischen Menschen gibt. Das sei ein guter Schritt im Rahmen der Integrationsbemü-



hungen. Für den Zentralratsvorsitzenden Paul Spiegel war die Diskussion im nordrhein-westfälischen Landtag „ein Moment, in dem ich aus vollem Herzen sagen kann: Ich bin stolz, ein Bürger des Landes zu sein.“ Spiegel rief alle anderen Landtage in Deutschland auf: „Nordrhein-Westfalen hat ein Zeichen gesetzt. Ich appelliere an alle anderen Landtage, Ähnliches zu versuchen.“

## Landesgesellschaften im Visier parlamentarischer Kontrolle

# Fraktionen einstimmig für Untersuchungsausschuss

Einstimmig hat der Landtag dem Begehren der CDU-Fraktion zugestimmt, einen Parlamentarischen Untersuchungsausschuss zu den Vorgängen in landeseigenen Gesellschaften einzurichten. Der Landtag wählte die SPD-Abgeordnete Oda-Gerlind Gawlik zur Vorsitzenden, Herbert Reul (CDU) zum stellvertretenden Vorsitzenden.

Michael Breuer (CDU) verwies auf erheblichen Klärungsbedarf bei Widersprüchen, Unregelmäßigkeiten und Verstößen bei den Landesgesellschaften hin. Die Landesregierung solle Ross und Reiter nennen. Bei dem Untersuchungsausschuss gehe es „um eine systematische Erfassung der Verstöße gegen Recht und Gesetz“ und um die Aufarbeitung, „ob fahrlässig, grob fahrlässig

oder vorsätzlich Steuergelder verschleudert worden sind“.

Carina Gödecke (SPD) fragte sich, ob der Untersuchungsauftrag dieses Ausschusses hinreichend präzise und konkret beschrieben ist. Jedenfalls werde die SPD darauf achten, dass bei der Arbeit des Gremiums der Rahmen des Auftrags nicht verlassen wird. Der Union gehe es sicher um Wahrheit und um das Land; aber auch genauso darum, „die Landesregierung und bestimmte Personen medienwirksam an den Pranger zu stellen“.

Marianne Thomann-Stahl (FDP) teilte mit, ihre Fraktion sei nach sorgfältiger Prüfung der Sachlage der Auffassung, „dass es keine rechtlichen Bedenken gegen die Einsetzung eines

Untersuchungsausschusses gibt. Im Gegenteil meinen wir, dass er notwendig ist“.

Johannes Remmel (GRÜNE) fand, die Debatte über die gestellten Fragen hätte auch im zuständigen Haushaltskontrollausschuss weiter geführt werden können. Anders als die Koalition habe die CDU keine Vorstellung, in welche Richtung die Landesgesellschaften sich entwickeln sollen.

Herbert Reul (CDU) warnte die SPD davor, die Rechte des Ausschusses zu eng auszulegen. Die Mehrheitsfraktion argumentiere hier so ängstlich und formalistisch, weil sie sich vor dem Problem sehe: „Wie können wir verhindern, dass zuviel gefragt und erfahren wird?“

# Koalition geht zuversichtlich an die Arbeit für das Land

## Opposition fordert in Haushaltsdebatte Neuanfang: „Steinbrück schafft es nicht“

*Im Rahmen einer Generaldebatte über die Politik der Landesregierung und über die Arbeit der sie tragenden Koalition – der Austausch der Haushaltspolitiker fand in der zweiten Lesung zwei Tage zuvor statt – hat der Landtag am 4. Juli mit der Regierungsmehrheit den Nachtragshaushalt für 2003 in dritter Lesung verabschiedet. Er sieht zusätzliche Kredite in Höhe von 1,9 Milliarden Euro vor. Damit wächst die Neuverschuldung in diesem Jahr auf insgesamt 5,7 Milliarden bei einem Gesamthaushaltsvolumen von 48,2 Milliarden Euro. Die Opposition, die gegen den Nachtrag stimmte, nutzte die Gelegenheit zu scharfen Angriffen auf das rot-grüne Bündnis, das sich kurz zuvor im „Düsseldorfer Signal“ auf eine Fortsetzung seiner Politik mit geänderten Inhalten geeinigt hatte.*



Edgar Moron (SPD)

Edgar Moron, SPD-Fraktionsvorsitzender, nannte das Düsseldorfer Signal eine stabile und verlässliche Grundlage für die Politik der nächsten Jahre. Jetzt komme es darauf an, dass alle Fraktionen im Landtag sich ihrer Mitverantwortung für das Land bewusst werden. Die Opposition solle an der Arbeit der Regierung kritisch und konstruktiv mitwirken.

Bei zwei Streitpunkten hätten sich Rot und Grün geeinigt, bei Metrorapid und bei den Subventionen für die Steinkohle. Schwerpunkt sei die Bildung, in erster Linie Modernisierung und Reform des Schulwesens. Bis 2007 würden in der offenen Ganztagsgrundschule 200.000 Plätze geschaffen. Die selbstständige Schule werde sich in die Fläche ausdehnen, Schulvorschriften würden entrümpelt, zielführende Maßnahmen gegen den Unterrichtsausfall würden beschlossen und finanziert. Geeinigt habe man sich auch auf die Modernisierung der Landesverwaltung. Es gebe nur noch drei Regierungspräsidien. Landesaufgaben würden „wo möglich“ kommunalisiert und breit privatisiert. Die Beschäftigten im öffentlichen Dienst müssten ihren Teilbeitrag dazu leisten, dass das Land wieder Handlungsspielräume erhalte: 41-Stunden-Woche, Streichung von Urlaubsgeld und Reduzierung des Weihnachtsgeldes. Bei der Steinkohle habe man sich für das Jahr 2012 auf eine Jahresförderung von 18 Millionen Tonnen geeinigt; bis dahin werde das Land seine Subventionen um mehr

als die Hälfte abgebaut haben, kündigte Moron an. Dieser klaren Richtung habe die Opposition nichts Vergleichbares entgegen zu setzen, „nur leere Worthülsen und Versprechungen, die in sich selbst widersprüchlich sind“.

Dr. Jürgen Rüttgers (CDU), Fraktionsvorsitzender, konterte: „Das Erste: Der Metrorapid wird nicht gebaut. Das Zweite: Die Steinkohle wird heruntergefahren. Toller Erfolg für Ihre Politik, Herr Moron! (Rüttgers apostrophierte ihn zu Beginn seiner Rede in Analogie zum früheren irakischen Informationsminister als „Comical Edgar“). Ich will Ihnen sagen: Sie sind ein Held des Rückzugs.“ Nach dem Verzicht auf den Metrorapid wisse keiner, aus welchen Bundestöpfen das Geld für die geplante Metro-S-Bahn kommen soll. Bei der Steinkohle müsse man, das sei einfach nachzurechnen, die Fördermenge halbieren (und nicht bei 18 Millionen Tonnen belassen), wenn die Subventionen auf die Hälfte reduziert werden sollen. Alles andere sei unwahrhaftig und belüge die Kumpel. Das Düsseldorfer Signal taufte der CDU-Chef zur „Düsseldorfer Kapitulation“ um: Ministerpräsident Steinbrück habe den grünen Koalitionspartner vorführen sollen, danach habe er versucht, ihn zu disziplinieren, „und am Ende sind sie Sie von ihm vorgeführt worden“. Rüttgers weiter: „Wir brauchen in Nordrhein-

Westfalen einen wirklichen Wechsel, einen Neuanfang, und wir brauchen ihn schnell.“ Wenn Steinbrück nicht wisse, wie er mit der Arbeitslosigkeit im Lande fertig werden könne, „dann treten Sie ab, Herr Steinbrück! Dann ist Schluss mit lustig! Ab vom Acker!“ Und: „Machen Sie Platz für einen Neuanfang. Dieses Land hat ihn verdient. Sie schaffen es nicht mehr.“

Dr. Ingo Wolf, FDP-Fraktionsvorsitzender, fragte: „Die Koalition ist gerettet, aber um welchen Preis? Eine ordentliche Portion Berliner Luft in Dosen – das ist das, was Sie bekommen haben. Eine Einlösungsgarantie steht nicht dahinter. Metro-S-Bahn, Kohlesubventionen, Autobahnen – alles sind Luftnummern, die vom Berliner Wohlgefallen abhängen.“ Der Fortbestand von Rot-Grün sei von Berlin politisch gekauft,



Dr. Jürgen Rüttgers (CDU)



Dr. Ingo Wolf (FDP)

„ein verheerendes Signal“. Politik für das Land müsse hier gemacht werden. Aber da

hingen noch die grünen Mühlsteine um den Hals: „Nicht existente Feldhamster sind wichtiger als Arbeitsplätze, Krötentunnel wichtiger als Autobahnen und Umgehungsstraßen.“ An den Ministerpräsidenten: „Ihnen ist miserables Krisenmanagement vorzuwerfen. Sie sind falsch gestartet, haben aber ein schlappes Finish hingelegt. Das reicht nicht, wenn man eine solche Krise zu bewältigen hat.“

**Sylvia Löhrmann**, GRÜNE-Fraktionsvorsitzende, blickte zurück: Die Koalition habe harte Wochen hinter sich. „Wenn es denn eine Krise gewesen sein soll, dann hat sie auch ihr Gutes gehabt: Wir haben eine Menge Fragen geklärt.“ In einem intensiven Prozess hätten sich die Koalitionsfraktionen auf ein Signal für Erneuerung und Konzentration verständigt. Für ihre Fraktion seien die wichtigen Felder der Modernisierung ökologische Erneuerung im Verein mit wirtschaftlicher Dynamik, Haushaltskonsolidierung und Verwaltungsmodernisierung, Erneuerung des Bildungssystems und soziale Verantwortung. Dazu habe der CDU-Oppositionsführer sehr wenig gesagt, sondern nur „herumgemault“ – das sei zu wenig auf Dauer und diene nicht dem Land.

Rüttgers sollte lieber innerhalb der CDU für eine einheitliche Linie sorgen, schlug sie vor und regte an, die Opposition sollte angesichts des Abbaus der Subventionen für die Steinkohle vor der SPD, die sich dazu durchgerungen habe, „den Hut ziehen“. Die Modernisierung des Landes sei zu schaffen – „mit ökologischem Weitblick, sozialem Augenmaß und in Verantwortung für unsere Kinder“.

Ministerpräsident **Peer Steinbrück** (SPD) gab sich enttäuscht: Vom Oppositionsführer hätte er mehr als nur Plattitüden in seiner Rede erwartet. Das aber reiche nicht, „insbesondere wenn Sie auf meinen Stuhl wollen“. Dann sollten nicht nur die Lippen gespitzt werden, „sondern dann pfeifen Sie und stellen einen Antrag auf Neuwahlen“. Rüttgers solle ver-

nünftige Oppositionspolitik machen und nicht versuchen, sich irgendwie durchzuwinden. Er, Steinbrück, habe versucht, einen Politikwechsel zu vollziehen, um einen Koalitionswechsel zu vermeiden. „Ich glaube, dass das richtig

Zwei Experten in Sachen Haushalt: **Peer Steinbrück** (SPD, r.), Ministerpräsident des Landes und zugleich Amtsvorgänger des jetzigen Finanzministers **Jochen Dieckmann** (SPD, l.)



gewesen ist.“ Die Atmosphäre in den sieben Verhandlungsrunden habe er als „sehr angenehm, sachlich und kollegial“ empfunden; das habe die Koalition gestärkt und so sei ein „Weiter so!“ wie in den drei, vier Monaten des Jahres vermieden worden. Aus einer Verhinderungskoalition sei damit eine Gestaltungskoalition geworden. Er selber, und nicht jemand anders, sei es gewesen, der in Sachen Metrorapid eine Revision durchgeführt habe. Ein Mann, der wie Rüttgers einem bruchartigen Wegfall von an die 40.000 Arbeitsplätzen im Bergbau das Wort rede, der sollte mit dem Wort „Lüge“ vorsichtiger umgehen, fand der Regierungschef; mit den 18 Millionen Tonnen der Koalition habe man eine sehr gute Lösung gefunden. Das „Düsseldorfer Signal“ sei im Augenblick das Papier, „das am konkretesten die nahe liegenden Herausforderungen für die nächsten beiden Jahre beschreibt, wandte sich Steinbrück an Rüttgers. „Von dieser Bewertung weiche ich erst dann ab, wenn Sie eine andere Positionsbeschreibung von Ihnen oder von anderen geben können, die konkreter ist als das, was wir auf neun Feldern vorgelegt haben.“ Was den Haushalt an-

gehe, so werde man den Bürgerinnen und Bürgern für die nächste Zeit keine hochfliegenden Versprechungen machen können. Die Haushaltssituation sei so dramatisch, dass ihnen schlechte Nachrichten geliefert werden müssten. „Ich glaube, dass es Aufgabe der Politik ist, dies schnörkellos, ehrlich, klar und eindeutig zu tun. Dies werden wir tun“, versprach der Ministerpräsident.

In der zweiten Lesung am 2. Juli hatte **Gisela Walsken** (SPD) betont, die SPD stehe zu ihrer Verantwortung, steuerbedingte Mindereinnahmen durch eine Erhöhung der Neuverschuldung auszugleichen. Das falle nicht leicht, aber angesichts der konjunkturellen Entwicklung und der Verantwortung gegenüber den Menschen sei zurzeit kein anderer Weg gangbar. Die Zeit der „Leuchttürme“ sei vorbei, aber Rot-Grün habe keine Lösungen, entgegnete **Helmut Diegel** (CDU). Ohne einen radikalen Politikwechsel gingen in NRW bald die Lichter aus. In dieser Lage habe sich der Ministerpräsident rettungslos in der selbst verantworteten Koalitionskrise verheddert. **Angela Freimuth** (FDP) gab sich angesichts des Nachtragshaushalts „fassungslos“: An der Politik von Rot-Grün lasse sich erkennen, „dass keinerlei Bereitschaft in diesem Land besteht, die dringend notwendigen strukturellen Veränderungen tatsächlich anzugehen“. Der Haushalt müsse entschlackt werden, urteilte **Edith Müller** (GRÜNE). Er müsse auf eine neue effiziente, nachhaltige Grundlage gestellt werden, darauf habe sich die Koalition verständigt: „Das Düsseldorfer Signal ist der Entschluss, grundlegende Strukturereformen vorzunehmen.“ **Finanzminister Jochen Dieckmann** (SPD) wandte sich an die Opposition: „Reden Sie es nicht herunter! Packen Sie mit an! Es geht um unser Land.“



Neuer Abgeordneter im 13. Landtag Nordrhein-Westfalen ist **Dr. Daniel Sodenkamp** (FDP) aus Witten. Landtagspräsident **Ulrich Schmidt** verpflichtete den neuen Abgeordneten und hieß ihn zu Beginn der Sitzung am 3. Juli herzlich willkommen. Fotos: Schälte

# Biotonne nicht einführen, Abwasserabgabe abschaffen

## FPD-Vorschläge stoßen bei Koalition auf strikte Ablehnung

Ende Juni hat der Bund der Steuerzahler in NRW seinen zwölften Gebührenvergleich bei Abwasser und Abfall vorgestellt. Die FDP-Fraktion nahm das zum Anlass, ihre Haltung im Landesparlament darzustellen und im Rahmen einer Aktuellen Stunde über das Thema „Konsequenzen aus der Positionsbestimmung des Steuerzahlerbundes zur Gebührensituation in NRW 2003“ plenar zu debattieren.

**Holger Ellerbrock** (FDP) forderte ein Umdenken in der Umweltpolitik des Landes. Die Abwasserabgabe müsse weg, sie habe sich überlebt. Es sei Unsinn und treibe die Gebühren hoch, neben den Müllverbrennungsanlagen (MVA) als zweite Schiene mechanisch-biologische Vorbehandlungsanlagen (MBA) im Land zu errichten. Weg müssten auch die Abfallentsorgungspläne mit ihren Zuordnungen von Entsorgungsgebieten und Entsorgungsanlagen. Nötig sei viel mehr eine kostengünstige Kooperation der MVA. Den Liberalen gehe es nicht um Senkung von Umweltstandards. „Wir wollen Gebühren senken“. Die seien in NRW die höchsten bundesweit „ohne nennenswerten ökologischen Mehrwert gegenüber anderen Bundesländern“. Der Bund der Steuerzahler habe die Positionen, die die FDP seit langem vertrete, kürzlich wieder bestätigt. Er halte auch nichts von der flächendeckenden Einführung der Biotonne. In NRW müsse umgedacht werden, es gebe kein „Weiter so“.

**Dr. Bernhard Kasperek** (SPD) sah den Grund für die extrem unterschiedlichen Abwassergebühren im Land in den höchst unterschiedlichen örtlichen Verhältnissen. Dafür könne das Land aber nicht verantwortlich gemacht werden. Die Abwasserabgabe, fuhr der Sprecher fort, sei eine Bundesregelung und eine „Erfolgsgeschichte“, weil sie zeige, dass hohe Umweltstandards auch zu hervorragenden Wasserqualitäten in NRW geführt haben. Hier auszusteigen, sei ökologisch unverantwortlich. Sie sei aber weiter zu entwickeln, man müsse dabei von der „Bescheidlösung zur Messlösung“ kommen. Unterschiede bei den kommunalen Abfallgebühren lägen in der unterschiedlichen kommunalen Praxis begründet: Einmal sei die Biotonne mit dabei, ein andermal nicht. Vor einer Bewertung müsse erst Vergleichbarkeit hergestellt werden.

**Hans Peter Lindlar** (CDU) bezeichnete den Hinweis, die Unterschiedlichkeit der Gebühren

liege an den Kommunen, als „Legende“. Wenn im letzten Jahr die Gebühren wieder angehoben worden seien, dann liege das daran, dass das Land „den Gemeinden den letzten Pfennig aus der Tasche zieht“. Mit Recht weise auch der Steuerzahlerbund auf Gründe hin, die beim Land lägen. So habe man in NRW bis zum Jahr 2005 Überkapazitäten bei den MVA. Bis dahin müssten die Bürger überhöhte Müllgebühren zahlen, „weil Sie es versäumt haben, eine vernünftige Müllpolitik zu machen“. Die SPD sollte endlich zur Kenntnis nehmen, dass „in Teilen unseres Landes unsere Bürgerinnen und Bürger durch die Abwasser- und Abfallkosten überfordert sind“. Da sollte man sich gemeinsam hinsetzen und nach Lösungen suchen. Dazu habe seine Fraktion eine ganze Reihe von Vorschlägen gemacht – seit Jahren schon. Es dürfe auch nicht länger passieren, dass die Regierungspräsidenten – praktisch als Legislative - eigene Vorschriften schaffen, „die sich kostensteigernd auswirken“.

**Johannes Rimmel** (GRÜNE) hielt der FDP entgegen, sie rede einer weiteren Liberalisierung im Abfallbereich das Wort. Das aber sei ein Angriff auf die kommunale Selbstverwaltung und führe zu Monopolstrukturen, die erhöhte Gebühren nach sich zögen. Zum anderen sei es eine Schimäre zu glauben, die Biotonne erhöhe die Müllgebühren – der umgekehrte Schluss sei zu ziehen. Denn die Biotonne, bei der jede Gemeinde frei sei, sie einzuführen oder nicht, erspare Müll und damit Müllverbrennungsgebühren. Umweltpolitisch überholt sei die Debatte, was abfallpolitisch sinnvoller sei: MVA oder MBA. Hier in NRW solle nicht nur eine Technik angewandt werden, davon profitiere auch die Wirtschaft. Seine Fraktion halte nichts von der



Verbrennungsentgelt der Müllverbrennungsanlagen für andienungspflichtige Gebietskörperschaften hat der Bund der Steuerzahler zu dieser Grafik zusammengetragen. Die Gebühren in Euro beziehen sich pro Gewichtstonne auf Restabfall im Jahr 2003. Das Kürzel k.V. bedeutet „keine Verwertbarkeit“. Die vorliegenden Angaben lassen sich nicht ohne weiteres mit den anderen vergleichen. Quelle: Bund der Steuerzahler NRW

Ab-schaffung der Abwasserabgabe. Was die Abwassergebühren anbetreffe, so sei man hier gerade in ländlichen Gebieten zu Entlastungen gekommen, nicht zuletzt über die Abwasserabgabe, die zum Einsatz neuer Techniken geführt habe.

**Umweltministerin Bärbel Höhn** (GRÜNE) hielt nichts von der Devise: „Alles privatisieren, Biotonne weg, Abwasserabgabe weg – und alles wird gut.“ Die Ministerin: „So einfach ist die Welt nicht.“ Vergleiche hätten nur dann Sinn, „wenn die Zahlen auch bundesweit vergleichbar sind“. Gebührensenkungen beim Abwasser seien erreicht worden, weil ihr Ministerium zusammen mit den Kommunen Konzepte erarbeitet habe, wie mit kostengünstigen Lösungen Umweltauflagen zu erfüllen sind. Dabei helfe die Abwasserabgabe; sie abzuschaffen, hieße vielen Gemeinden im ländlichen Raum zu schaden. Auch Höhn lehnte es ab, auf die Biotonne zu verzichten, mit dem Hinweis, es sei immer noch billiger, Bioabfall stofflich zu verwerten, als ihn zu verbrennen. Auch die von der FDP verlangte Privatisierung sei kein Königsweg. Zum Beispiel in Ratingen habe man die Privatisierung rückgängig gemacht und beim Bioabfall 30 Prozent gespart, bei Papierabfall sogar 50 Prozent.

**Dr. Jürgen Rüttgers** (CDU), Fraktionsvorsitzender, bezeichnete den Fall WestLB als schlimmste Bankenkrise in der Geschichte des Landes und sprach vierzehn weitere große Risiken nach den Milliardenverlusten und einem Flugzeugleasinggeschäft an. Laut Bericht der Finanzdienstleistungsaufsicht habe bei Letzterem die Risikokontrolle versagt. Alle Risiken müssten offengelegt und alle Ecken kompromisslos ausgekehrt werden. Es gehe um die politische Verantwortung, um das Unternehmen und um die Vernichtung des Vermögens, das den Menschen des Landes gehöre. Der Verlust von 1,7 Milliarden entspreche den kompletten Polizei-Personalkosten in diesem Jahr.

**Finanzminister Jochen Dieckmann** (SPD) räumte große Besorgnis um eine namhafte Geschäftsbank ein, hielt aber Schuldzuweisungen für verfrüht. Die Arbeit der Bankenaufsicht und der Staatsanwaltschaft sei noch nicht abgeschlossen. Die Landesregierung sei rechtzeitig informiert worden und habe ihre Verantwortung wahrgenommen. Auch der Haushaltsausschuss könne zufrieden sein und werde über die Strategie diskutieren. Die WestLB ihrer internationalen Dimension zu berauben, komme nicht infrage.

**Helmut Diegel** (CDU) begrüßte den Vorschlag des Ministers, die Bundesaufsichtsanstalt im Ausschuss zu hören, und bemerkte, die SPD

der FDP dafür, dass die Bank nicht rechtzeitig privatisiert worden sei. Internationale Ausrichtung sei nicht Landesaufgabe, sondern gehöre in private Hand. Die Bank sei im Kern gut aufgestellt und müsse vom Negativimage befreit werden.

**Rüdiger Sagel** (GRÜNE) machte auf die Sorge auch um den Landshaushalt aufmerksam und warf die Frage auf, ob es bewusst falsche Risikovorsorge gegeben habe. Massive Kritik an den internationalen Geschäften gebe es auch von den Umweltverbänden.

**Finanzminister Jochen Dieckmann** (SPD) wies die Formulierung nicht ordnungsgemäßer Geschäftsführung des CDU-Redners zurück und hielt das Zitieren aus Sekundärquellen für verantwortungslos. Die vier Vertreter des Landes im Aufsichtsrat seien

## Aktuelle Stunde zum „Desaster bei der WestLB“

### Sorge über hohe Risiken in weltweiten Geschäften

*In einer von der CDU beantragten Aktuellen Stunde debattierte der Landtag am 2. Juli über das Thema „Desaster bei der WestLB erfordert politische Konsequenzen“.*

**Gisela Walsken** (SPD) teilte seine Darstellung der Situation der WestLB. Zeitungsmeldungen über Prüfergebnisse könnten aber nicht Basis für eine politische Bewertung sein. In erster Linie müssten sich die Gremien der Bank damit befassen, wo auch Landtagsmitglieder vertreten seien. Mit dem Land als größtem Anteilseigner sei eine Konsenspolitik zum Wohl des Unternehmens gefahren worden. Dabei solle es bleiben.

**Dr. Gerhard Papke** (FDP) äußerte sich überzeugt, dass die WestLB auch in Zukunft international ganz oben mitspielen werde. Ihre Reputation solle nicht zerredet und wie seit Monaten durch die Grünen mit Schmutz beworfen werden. Die Schwächen im Risikomanagement seien zu beseitigen, ohne dass die gesamte Geschäftsstrategie infrage gestellt werde. Die Bank müsse vom politischen Einfluss befreit werden. Die FDP fordere die Privatisierung ein.

**Johannes Rimmel** (GRÜNE) hielt Aufklärung für die erste Pflicht. Der Austausch zwischen den Gremien und die Risikosteuerung müssten verbessert werden. In das Risikomanagement gehörten Nachhaltigkeitskriterien, wie sie viele Privatbanken schon hätten. Auseinandersetzungen schädeten dem Vermögen und Ansehen des Landes.

habe keine Fragen gestellt. Die Schieflage der WestLB datiere seit 1998, seit Kontrollaufgaben dem heutigen Ministerpräsidenten oblägen. Weitere Schwierigkeiten in der Landesbank fielen in diesen Zeitraum.

**Edgar Moron** (SPD), Fraktionsvorsitzender, kritisierte Vergleiche des CDU-Kollegen mit anderen Bankskandalen und erinnerte an das Einvernehmen aller Fraktionen bei der Aufspaltung der Landesbank über politische Enthaltung bei der neuen Geschäftsbank. Verantwortlich seien auch CDU-Vertreter im Aufsichtsrat. Die Strategiedebatte der fünfgrößten Bank in Deutschland müsse vorgezogen werden, aber nicht im Landtag.

**Dr. Ingo Wolf** (FDP), Fraktionsvorsitzender, sah große Verantwortung aller Parteien außer

keine Erfüllungsgehilfen der SPD. Wie schon mehrere Vorredner betone er das vitale Interesse an den hoch qualifizierten Arbeitsplätzen der WestLB in NRW.

**Dr. Helmut Linssen** (CDU) hielt Konsequenzen für nötig, falls es Versäumnisse der Aufsichtsgremien gebe, und erinnerte an sein Eintreten für eine geringere Landesbeteiligung in Höhe der Sperrminorität. Die Mehrheit sei für Aufstocken gewesen, aus heutiger Sicht ein Fehler.

**Michael Groschek** (SPD) anerkannte die sachliche und konstruktive Debatte sowie die aktuelle Unterrichtung des Haushaltsausschusses. Die WestLB habe für das Land erheblichen Mehrwert erwirtschaftet. Risiken bei der internationalen Aufstellung seien in Kauf zu nehmen.



Eingang zur Zentrale der Westdeutschen Landesbank in Düsseldorf. Foto: Schäffle

# „Bei der Einigung einen großen Schritt nach vorne getan“

## Rechte der Länder im europäischen Verfassungsentwurf gestärkt

Eine Fahne hat sie schon, bald auch eine Verfassung - die Einigung Europas schreitet voran. Darüber wurde im Plenum des Landtags debattiert.  
Fotos: Schälte

Nach Ansicht der beiden Koalitionsfraktionen ist mit dem Entwurf einer europäischen Verfassung Europa ein großes Stück vorangekommen. Das sei im Interesse der Bürgerinnen und Bürger, stellt der Antrag von SPD und GRÜNEN fest (Drs. 13/4058), der am 4. Juli beraten und mehrheitlich verabschiedet wurde. Der Entschließungsantrag der FDP (Drs. 13/4107) wurde dagegen abgelehnt. Darin verlangen die Liberalen unter anderem eine Volksabstimmung über die Verfassung.

Gabriele Sikora (SPD) betonte, der europäische Verfassungskonvent habe hervorragende Arbeit geleistet; das Ergebnis sei ein „Meilenstein in der Geschichte der europäischen Integration“. Der Entwurf mache klar, dass die Union eine Wertegemeinschaft sei; so werde die EU-Charta der Menschenrechte fester und rechtsverbindlicher Bestandteil der künftigen europäischen Verfassung. Die Sprecherin stellte heraus, dass das Subsidiaritätsprinzip neben das Verhältnismäßigkeitsprinzip gestellt wird; es gebe künftig ein zweifaches indirektes Klagerecht über

einen tragfähigen Kompromiss. Wichtig sei die Stärkung des Europäischen Parlaments und die Einführung des Unionsbürgerbegehrens: „So können eine Million Bürgerinnen und Bürger bei einem wichtigen Anliegen die Kommission zum Handeln auffordern.“ Dafür, dass die Verfassung in Deutschland in einem Referendum angenommen wird, fehlten allerdings die Voraussetzungen im Grundgesetz. Die zu schaffen würde zu lange dauern und nicht dazu verleiten, dass eine ernsthafte Auseinandersetzung mit der Verfassung stattfindet, sondern eher, dass „hier politische Süppchen gekocht werden“. Bedauerlich sei, dass man es mit dem Euratom-Vertrag nicht geschafft habe, „den Dinosaurier der Atompolitik zu begraben“ und damit Platz zu schaffen für eine zukunftsfähige europäische Energiepolitik.

Bürgern nicht dieselbe Chance?“ Es sollte damit aufgehört werden, die Menschen zu bevormunden, fand er und warb um Zustimmung zum Entschließungsantrag seiner Fraktion. Die Zukunft Europas hänge maßgeblich davon ab, „dass die europäischen Bürgerinnen und Bürger hinter der gemeinsamen Verfassung stehen. Sie müssen sich mit ihr identifizieren können“. Ohne Zustimmung der Bürger sei die Verfassung nicht ausreichend legitimiert.



Gabriele Sikora (SPD)

Ute Koczy (GRÜNE)

Ilka Keller (CDU)

Bundesrat und Ausschuss der Regionen („mehr als zurzeit“), man habe die Kompetenzverteilung gestrafft, es werde die Möglichkeit eines europäischen Bürgerbegehrens verankert; für das Europäische Parlament werde die Mitentscheidung zum Regelfall. Zu begrüßen sei die Entscheidung, dass allein die EU-Staats- und Regierungschefs über die endgültige Form der künftigen Verfassung beraten sollen.

Ute Koczy (GRÜNE) fand, dass Europa mit dem Entwurf einen großen Schritt nach vorn getan habe. Ihre Fraktion sehe in dem Text

Ilka Keller (CDU) strich heraus, zum ersten Mal erhielten die Bürgerinnen und Bürger Abwehrrechte bezüglich des Handelns der europäischen Institutionen. Der Kommissionspräsident werde künftig vom Europaparlament gewählt und entsprechend dem Ergebnis der Europawahl ausgewählt. Die Sprecherin bedauerte: „Leider konnte der Gottesbezug oder die direkte Erwähnung des Christentums als eine der wichtigen Wurzeln Europas nicht aufgenommen werden“ – sehr zum Bedauern der Kirche und des Papstes. Sie kritisierte, dass die Landesregierung sich mit eigenen Vorschlägen bisher zurückgehalten habe, die verbleibende Zeit sollte genutzt werden, das zu ändern.

Dietmar Brockes (FDP) betonte die Bedeutung des Referendums: In anderen Ländern könnten die Bürgerinnen und Bürger auch abstimmen – „warum geben wir unseren

Justizminister Wolfgang Gerhards (SPD) bekräftigte von der aktiven Beteiligung des Landes am Prozess. Der Konvent, so sein Urteil, habe nicht nur für Europa etwas erreicht, sondern speziell auch für die deutschen Länder – „und zwar mehr, als wir zu Beginn der Beratung vor anderthalb Jahren gedacht haben“. So würden die nationalen Parlamente und damit der deutsche Bundesrat in den so genannten Frühwarnmechanismus einbezogen: Beim Verdacht eines Verstoßes gegen das Subsidiaritätsprinzip könnten sie binnen sechs Wochen ihre Bedenken geltend machen – Gerhards formulierte es so: „Das ist die gelbe Karte.“ Die Rechte des Ausschusses der Regionen würden ausgebaut; er sei bei einem solchen Verstoß ebenfalls zur Klage befugt. Wenn der Entwurf auch in einigen Punkten zu kritisieren sei und Fragen offen lasse: „Insgesamt sind die Ergebnisse positiv“, schloss der Minister.



Dietmar Brockes (FDP)



Minister Wolfgang Gerhards (SPD)

## Halbjahresbericht des Petitionsausschusses

# Kopftuch im Unterricht

Über die Arbeit des Petitionsausschusses im ersten Halbjahr 2003 berichtete am 3. Juli die Vorsitzende im Plenum. Die 2369 Eingaben hätten vor allem Ausländer- und Sozialangelegenheiten sowie Bauen/Wohnen zum Inhalt.

Bärbel Wischermann (CDU): Mit der Eingabe von Lehrern und Eltern, die das Tragen des Kopftuches einer Lehrerin an der Gesamtschule problematisierte, habe sich der Ausschuss intensiv beschäftigt. Die Lehrerin, deutsche Staatsangehörige türkischer Abstammung, mit überdurchschnittlichen Leistungen in gesuchten Mängelfächern, wolle aus religiöser Überzeugung nicht auf das Kopftuch im Schulunterricht verzichten. Im Kollegium habe es lange Diskussionen und Unruhe gegeben. Vor allem Lehrerinnen hätten das Kopftuch als Symbol gegen die Gleich-

berechtigung angesehen. Wischermann: Es sei nicht nur um Glaubensfreiheit, sondern auch um die Stellung der Frau in unserer Gesellschaft und das Erziehungsumfeld gegangen.

Schulbusse seien häufig überfüllt, es gebe keine Sicherheitsgurte, beschrieb Frau Wischermann eine Beschwerde von besorgten Eltern von Grundschulkindern. Trotz fehlender kommunaler Finanzmittel sollen sich die Kommunen, so der Petitionsausschuss, um konkrete Schritte zu mehr Sicherheit im Schulbusverkehr kümmern.

Strafgefangene bäten den Ausschuss häufig um

Verlegung, Lockerung, bessere Verpflegung oder gesundheitliche Vorsorge. 804 Gefangenepetitionen seien jetzt ausgewertet worden. Die Themen sollten nach der Sommerpause mit der Vollzugskommission des Landtags und dem Justizministerium besprochen werden. Intensive Nutzung von Audio- und Fernsehgeräten hätten zu mehr Zufriedenheit geführt. Gegner von Windenergieanlagen verlangten zunehmend mehr Mitwirkung bei der Gebietsausweisung und sorgten sich um Lärm und Schlagschatten. Hin und wieder gelinge dem Ausschuss eine Standortverschiebung oder Einschränkung der Laufzeit.



Ausschussvorsitzende Bärbel Wischermann (CDU) bei ihrem Bericht.

## Videoüberwachung der Polizei

Verhütung von Straftaten durch Videoüberwachung an Kriminalitätsbrennpunkten ist Ziel der Änderung des Polizeigesetzes (Drs. 13/2854), die der Landtag in 2. Lesung verabschiedete. Zur Beratung hatte der Innenausschuss Mitte Januar Sachverständige hinzugezogen (Bericht in Landtag intern 1/2003). Hans-Peter Meinecke (SPD) erläuterte, nur die Polizei dürfe öffentliche Orte per Video beobachten, an denen wiederholt Straftaten begangen worden seien. Diese Videoüberwachung sei unverzichtbar. Karl Kress (CDU) begrüßte den richtigen Schritt und erinnerte an CDU-Forderungen seit 2001. Die Genehmigung für nur ein Jahr schaffe Unsicherheit. Horst Engel (FDP) unterstützte nur den Videoeinsatz bei Verkehrskontrollen, um die Sicherheit der Beamten zu erhöhen. Bei Rasterfahndung lehne die FDP Videos ab. Monika Düker (GRÜNE) zählte Straftaten auf, bei denen Videoüberwachung nicht weiterhelfe, und begrüßte die Änderungen zur besseren Bekämpfung von Drogenhandel, gefährlicher Körperverletzung und schwerem Diebstahl. Minister Dr. Fritz Behrens (SPD): Polizeiaufgaben sollten handhabbarer gemacht werden, ohne Freiheitsrechte abzubauen.

## Mittelstandsgesetz verabschiedet

Das von der Landesregierung vorgelegte Gesetz zur Förderung und Stärkung des Mittelstands (Drs. 13/2707) wurde mit drei Änderungen von SPD und GRÜNEN am 2. Juli in 2. Lesung gegen die Stimmen von CDU und FDP verabschiedet, wie vom Wirtschaftsausschuss empfohlen (s. vorige Ausgabe). Werner Bischoff (SPD) hielt das von der Opposition verlangte Abwarten auf die Anhörung zur Gemeindeordnung für zu spät, um schnellstmögliche Wirkung zu erreichen. Christian Michael Weisbrich (CDU) warf der Koalition lieblose Behandlung zentraler Wirtschaftsfragen vor, weshalb die CDU einen eigenen, von den Kammern positiv beurteilten Gesetzentwurf eingebracht habe. Auch Dr. Gerhard Papke (FDP) bemängelte, aus zahlreichen fachlichen Anregungen des Mittelstands sei nichts in das Gesetz eingegangen und bei der Wirtschaftstätigkeit der öffentlichen Hand sei trotz der Pleitewelle nichts geschehen. Reiner Priggen (GRÜNE) verteidigte das Gleichgewicht zwischen privater und öffentlicher Leistung und die mittelstandsfreundliche Vergaberegulation.

## Private Pflegekosten

Der Landtag verabschiedete das geänderte Landespflegegesetz (Drs. 13/3498) am 4. Juli gegen die Stimmen der Opposition. Beim Pflegewohngeld wird künftig Vermögen von mehr als 10.000 Euro berücksichtigt (s. Landtag intern 3/2003). Michael Scheffler (SPD) hob die Chancen hervor, privates Kapital für Pflegeheime zu mobilisieren und ambulante Versorgung zu unterstützen. Rudolf Henke (CDU) warf der Regierung vor, statt der Landesförderung für Pflege-Investitionen die Lasten auf Pflegebedürftige und die Kommunen zu verlagern. Dr. Jana Pavlik (FDP) hielt die Festlegung auf höchstens 80 Betten pro Pflegeheim für Quatsch und bedauerte, dass das Gesetz nicht verbessert worden sei. Barbara Steffens (GRÜNE) verteidigte das Schließen der vom Gericht bestätigten Regelungslücke bei der Finanzierung von Investitionen und das Eintreten für überschaubare Einrichtungen. Ministerin Birgit Fischer (SPD) sagte, 10.000 neue Pflegeplätze und Sanierung der vorhandenen seien notwendig.

## Landesbetrieb Straßenbau: Zusammenlegung in Gelsenkirchen

Nach kontroverser Aussprache verabschiedete der Landtag das Änderungsgesetz zur Straßenbauverwaltung in 2. Lesung. Der Vorsitzende des Unterausschusses Landesbetriebe Günter Garbrecht (SPD) ver-

teidigte die Zusammenlegung der beiden Betriebsitze zu einer Zentrale in Gelsenkirchen. Winfried Schittges (CDU) rechnete dagegen mit Mehrkosten von 50 Millionen Euro, mit Nachteilen für die Mitarbeiter und Schaden für die

Qualität des Straßenbaus. Marianne Thomann-Stahl (FDP) hielt ein Gesetz, dessen Folgen nicht abzusehen seien, für verheerend. Oliver Keymis (GRÜNE) meinte dagegen, für 93 Prozent der 6.700 Beschäftigten werde sich nichts ändern.

VON DIETRICH KESSEL (SPD)

Die Gründe für den nach wie vor zu niedrigen Frauenanteil am wissenschaftlichen Personal in Hochschulen und Forschungseinrichtungen sind vielschichtig. Sie betreffen vorhandene Vorurteile und Aspekte struktureller Diskriminierung gleichermaßen.

Aus diesem Grunde muss auch eine Politik mit dem Ziel, den Frauenanteil in Wissenschaft und Forschung zu steigern, an vielen Stellen gleichzeitig ansetzen. Sie muss Studiengänge und Forschungsschwerpunkte ebenso im Blick haben wie Verfahren der Stellenbesetzung und postgradualen Qualifizierung.

Die Landespolitik setzt genau hier an. So sind die Hochschulen verpflichtet, einen Rahmenplan zur Frauenförderung und Frauenförderpläne für sämtliche Fachbereiche aufzustellen. Bei der leistungsbezogenen Mittelvergabe wird inzwischen ein erheblicher Anteil bezogen auf Fortschritte bei der Umsetzung des Gleichstellungsauftrags zwischen den Hochschulen umverteilt. Im Haushaltsjahr 2002 waren dies 1,95 Millionen Euro. Eine wichtige Rolle spielen auch die Programme zur Förderung der Qualifizierung von Frauen für eine Professur. Schließlich werden gleichstellungspolitische Zielvorgaben in die einzelnen Zielvereinbarungen mit den Hochschulen einbezogen.

Insbesondere bei der Einführung der Juniorprofessur, aber auch sonst werden wir ein besonderes Augenmerk auf die Vereinbarkeit mit Familienarbeit richten müssen.



VON MANFRED KUHMICHEL (CDU)

In Nordrhein-Westfalen gibt es zu wenig Frauen in Wissenschaft und Forschung. Unser Land ist im bundesweiten Vergleich nur Mittelmaß. Durch die mangelnde Einbeziehung von Frauen in Wissenschaft und Forschung gehen Chancen und Potentiale verloren, auf die wir nicht verzichten dürfen.

Deshalb hat die CDU in einem Antrag bessere Rahmenbedingungen für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf gefordert. Es ist erfreulich, dass zusammen mit den anderen Fraktionen eine gemeinsame Initiative daraus entsteht.

Wir brauchen Betreuungseinrichtungen für Kinder, welche die besonderen Bedingungen des Wissenschaftsbetriebs berücksichtigen. Die Juniorprofessuren müssen familienfreundlicher ausgestaltet werden. Junge Frauen sollen die Juniorprofessur im Bedarfsfall verlängern können. Wir brauchen eine stärkere Nutzung der Zeit- und Teilzeitprofessuren.

Wir fordern ein Förderprogramm für Frauen, die eine Fachhochschulprofessur anstreben. So sollte Frauen mit fachbezogener Berufserfahrung der Einstieg in die Hochschullehre ermöglicht werden. Die CDU unterstützt darüber hinaus Maßnahmen für eine Erhöhung des Frauenanteils in den technischen Fachbereichen.

Die Gleichstellungsbeauftragten an den Hochschulen brauchen für ihre vielfältigen Aufgaben zuverlässige Rahmenbedingungen.

Die Landesregierung muss endlich der Empfehlung des Expertenrates vom Februar 2001 nachkommen, die Wirkung des Gleichstellungsgesetzes an den Hochschulen zu überprüfen.



VON BRIGITTE CAPUNE-KITKA (FDP)

Der Frauenanteil in Wissenschaft und Forschung ist nach wie vor viel zu niedrig. Vieles wurde getan, um die Situation und den Anteil zu verbessern, aber es gelang bisher nicht. Das zeigen gerade in diesem Jahr die Zahlen der Abschlüsse der Hochschulabsolventinnen, die sich für die wissenschaftliche Laufbahn entscheiden.

Eine Änderung ist nur durch den Mehrklang vielfältiger Maßnahmen erreichbar, exemplarisch hier nur einige: Erstklassigen Hochschulabsolventinnen muss die wissenschaftliche Laufbahn schmackhaft gemacht werden. Das Forschungsinstitut in Jülich stellt beispielsweise fest, dass ihm viele gute Absolventinnen verloren gehen - entweder direkt nach dem Studium, indem sie gar nicht erst in die Wissenschaft gehen, oder später, weil sie sich für Familie und Kinder entscheiden.

Hier muss ein Weg gefunden werden, beides zu vereinbaren. Gerade die Betreuung der Kinder von vier Monaten bis drei Jahren an den Hochschulen muss daher gesichert werden.

Bei Juniorprofessuren muss die Teilzeit noch viel mehr als bisher gefördert werden. Der Wissenschaftsrat hat festgestellt, dass ein hoher zeitlicher Einsatz nicht notwendigerweise zu einer höheren Qualität wissenschaftlicher Arbeit führt. Eine hoch motivierte junge Frau oder ein hoch motivierter Vater, der auch noch Zeit für seine Familie hat, arbeitet und leistet in kurzer Zeit viel mehr als jemand, der sich den ganzen Tag mit dem Thema befasst. Menschen, die Wissenschaft und Familie verbinden und das an der Hochschule gestalten können, sind ein Gewinn für unsere Hochschulen und für unseren Nachwuchs.



VON MARIANNE HÜRTE (GRÜNE)

Die Instrumente zur Steigerung des Frauenanteils an den Hochschulen sind vorhanden: Landesgleichstellungsgesetz, Zielvereinbarungen zwischen Land und Hochschulen, kriteriengebundene Mittelvergabe, Sommeruniversitäten, Mentorinnen-Programme und vieles mehr haben die notwendigen Rahmenbedingungen geschaffen und helfen jungen Frauen beim Einstieg in die Wissenschaft. Woran liegt es dann, dass der Frauenanteil vor allem bei den Professuren nicht in dem Tempo steigt, wie es nicht nur aus gleichstellungspolitischen Gründen wünschenswert, sondern auch für eine innovationsfreudige Weiterentwicklung des (Wissenschafts-)Standorts NRW dringend notwendig wäre? Ein wesentlicher Grund hierfür ist, dass Gleichstellungsfragen und die Wahrnehmung der damit verbundenen Chancen immer noch nicht als eine zentrale Aufgabe aller AkteurInnen an den Hochschulen, insbesondere aber der Leitungsorgane begriffen werden. Hierauf haben auch die Gleichstellungsbeauftragten der NRW-Hochschulen auf ihrem Treffen mit der Grünen Landtagsfraktion im März dieses Jahres hingewiesen. Nur mit einem konsequenten Top-Down-Verfahren können aber letztlich die notwendigen Veränderungen in den Strukturen erfolgreich umgesetzt werden: Bei der Durchführung von Berufungsverfahren, bei der Zusammensetzung von Gremien oder bei Kinderbetreuungsangeboten, die den besonderen Bedingungen des Wissenschaftsbetriebs gerecht werden.



# Hauptproblem: Vereinbarkeit von Familie und Beruf

## Landtag erörtert den zu geringen Frauenanteil in Wissenschaft und Forschung

*Nur fünf Prozent der Direktoren in der Max-Planck-Gesellschaft sind Frauen. Nur die Hälfte von ihnen ist verheiratet (bei den Männern sind es 93 Prozent). Nur vier der Direktorinnen hätten Kinder. „Ein Armutszeugnis“, fand Marie-Theres Ley (CDU) bei der Erläuterung des Antrags ihrer Fraktion im Plenum vor einiger Zeit. Ihr Urteil setzte sie fort: Bei der Beteiligung von Frauen in Wissenschaft und Forschung ist NRW „Schlusslicht“, im Vergleich der Bundesländer „nur schlechtes Mittelmaß“. Fazit des Antrags (Drs. 13/3806): „Wir müssen dringend die Rahmenbedingungen in Wissenschaft und Forschung ändern, damit Frauen ihre Chancen wahrnehmen können und das Potential der Frauen viel besser zum Tragen kommt und damit unserer Volkswirtschaft wichtige Ressourcen nicht verloren gehen.“*

Man fange in NRW nicht bei Null an, hielt in der Plenardebatte Cornelia Tausch (SPD) der Opposition entgegen; vor Jahren schon seien wesentliche Schritte zur Frauenförderung in den Hochschulen getan worden. Seit 1986 gebe es etwa das Netzwerk Frauenforschung. Berufungskommissionen müssten an den Hochschulen zur Hälfte aus Frauen gebildet werden. Dies und anderes reichten aber nicht aus. Die Betreuung von Kindern von vier Monaten bis zu drei Jahren müsse an den Universitäten - und nicht irgendwo in der Stadt - gesichert werden, fand Brigitte Capune-Kitka (FDP). Frauen müssten an den Hochschulen auch ohne Einsatz der Ellenbogen und abseits von Seilschaften oder gegen den Widerstand „chauvinistischer Hochschulleitungen“ Karriere machen können.

Der anstehende Generationswechsel an den Hochschulen sollte genutzt werden, den Frauenanteil in Hochschulen und außeruniversitären Forschungseinrichtungen zu erhöhen, schlug Dr. Ruth Katharina Seidl (GRÜNE) vor. Bis Ende 2009 würden 50 Prozent der jetzigen Professoren emeritiert: „Bei den anstehenden Neuberufungen müssen Frauen aus unserer Sicht vorrangig berücksichtigt werden.“ Die Hochschulen sollten mittelfristig auch Konzepte der Personalentwicklung erarbeiten müssen.

Wissenschaftsministerin Hannelore Kraft (SPD) lobte ausdrücklich die Arbeit der Gleichstellungsbeauftragten an den Hochschulen. Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf sei das Hauptproblem. In der Kinderbetreuung müsse man weiter kommen. Hier seien die Kommunen an den Hochschulstandorten gefragt. 



*Den Folgen des Luftverkehrs für die Umwelt ist im Forschungszentrum Jülich (FZJ) am Institut für Stratosphärische Chemie Dr. Martina Krämer (Bild) auf der Spur. Sie betreibt Grundlagenforschung zum Verstehen atmosphärischer Prozesse und geht unter anderem der Frage nach, welche Klima-Rückkopplungsprozesse die Kondensstreifen des Flugverkehrs in zehn bis zwölf Kilometern Höhe auslösen. Auf der Titelseite ist die Privatdozentin Dr. Ingar Janzik im Labor für pflanzliche Molekularbiologie des FZJ dabei zu erforschen, wie sich das Gas Ozon auf Pflanzen auswirkt. Die Düsseldorfer Juniorprofessorin arbeitet in Jülich am Thema „Regulation von Genen unter Ozonstress in Pflanzen“. Das FZJ ist die größte interdisziplinär ausgerichtete Forschungseinrichtung unter den 15 Helmholtz-Forschungszentren. Schwerpunkte der Forschung sind die Bereiche Materie, Energie, Information, Leben und Umwelt. Das Zentrum gilt in Sachen Chancengleichheitspolitik als Maßstab in der deutschen Forschungslandschaft. 2002 wurde es als einzige Forschungseinrichtung bereits zum zweiten Mal mit dem Prädikat „Total-E-Quality“ ausgezeichnet.*  
Foto: Schälte

## „Karriereverzicht wegen der Kinder“ Ministerium legt dem Frauenausschuss aktuelle Daten vor

*„Der Frauenanteil unter den Lehrenden und Forschenden in den Hochschulen Nordrhein-Westfalens steigt stetig an, aber er hat noch lange nicht die angestrebte Größenordnung erreicht. Deshalb sollen Maßnahmen für eine Verbesserung der Rahmenbedingungen für Frauen im Wissenschaftsbetrieb intensiviert werden.“*

Dieses Fazit zog vor kurzem im Ausschuss für Frauenpolitik (Vorsitzende Inge Howe, SPD) ein Sprecher des Ministeriums für Wissenschaft und Forschung (MWF). Er nannte Zahlen, die zeigen, dass Nordrhein-Westfalen im Jahr 2001 beim Anteil von Frauen an C3-Professuren (12 gegenüber 11,3 Prozent im Bund) und an C4-Professuren (8,4 gegenüber 7,7 Prozent) über dem Bundesdurchschnitt lag. Inzwischen ist der Anteil weiter gewachsen: 13,4 bei C3 und 9,3 Prozent bei C4-Professuren (2002). Besser noch die

Daten für die Gruppe der Junior-Professuren. Hier wurden 20 Prozent der Stellen von Frauen besetzt (12 von insgesamt 59).

Gründe für die Aufwärtsentwicklung werden in drei Bereichen gesehen: Zum einen in speziellen Fördermaßnahmen wie dem Lise-Meitner-Programm, zum anderen in der Steuerungswirkung bei der Vergabe von leistungsbezogenen Mitteln, die sich nach Fortschritten bei der Erfüllung des gesetzlichen Gleichstellungsauftrags an den Hochschulen richtet. Ein dritter Punkt ist die Kinderbetreu-

ung an den Hochschulen. Hier macht das MWF zwar klar, dass die Hochschulen nicht mit zusätzlichen Mitteln für die Einrichtung von Betreuungsplätzen rechnen können. Das Ministerium werde aber in einer „Umfrage bestehende und geplante Kinderbetreuungsmodelle sowie deren Finanzierungsstrukturen ermitteln und anschließend besonders geeignete Modelle vorstellen“.

Und noch etwas anderes ist zu beachten. Wissenschaftlerinnen seien vor allem mit Wissenschaftlern verheiratet. Das bedeutet einer Untersuchung zufolge „entweder Karriereverzicht eines Partners oder Verzicht auf gemeinsame Kinderbetreuung. In der Regel sind es dann die Frauen, die Karriereverzicht leisten oder durch doppelte Haushaltsführung zu faktisch Alleinerziehenden werden. Dieses Themas will sich das MWF annehmen“.

Bis es hier Klarheit gibt, kümmert sich eine Arbeitsgruppe aus Rektoren und Kanzlern um die aktuellen Probleme. Ihre Vorschläge sollen in einen Aktionsplan einmünden, den die Ministerin dann dem Landtag vorstellen wird. 

**Haben Frauen in der Arbeitswelt und in der Gesellschaft des Landes NRW schon den gebührenden Stellenwert?**

**Tausch:** Gemessen an ihrem Anteil an der Bevölkerung sicherlich nicht. Frauen haben inzwischen einen sehr hohen Bildungsstandard. Sie haben häufig bessere Schulabschlüsse als Männer und eine sehr gute Berufsausbildung. Aber in zukunftsträchtigen

Berufen sowie Management- und Spitzenfunktionen sind Frauen noch deutlich unterrepräsentiert. Daher ist es sehr wichtig, gerade junge Frauen zu ermuntern,



Cornelia Tausch (SPD)

auch neue und technische Studiengänge zu wählen. Ein Grund ist sicherlich auch, dass es immer noch schwierig ist, Beruf und Familie miteinander zu vereinbaren. Es sind überwiegend Frauen, die diesen Spagat bewältigen müssen. Frauen kämpfen aber auch immer noch mit vorhandenen Vorurteilen und strukturellen Diskriminierungen.

**van Dinther:** In der Arbeitswelt glaube ich kaum, dass meine Generation es noch erleben wird, dass Frauen den gleichen Stellenwert haben werden. Aber ich glaube, dass es für unsere Töchtergeneration durch die wesentlich besseren Ausbildungschancen schon leichter sein wird. Viele Arbeitgeber schrecken immer noch davor zurück, Frauen im geburtsfähigen Alter für eine Spitzenposition vorzusehen, da sie unsicher sind, ob ihnen die Frauen auch dauerhaft erhalten

bleiben. Die Alternative sieht oftmals so aus, dass Frauen ganz auf Karriere setzen und auf Familie und teilweise auch auf privates Glück verzichten. Das ist aber ein zu hoher Preis. Beim Hochschulpersonal sieht es so aus, dass Professoren zu über 90 Prozent verheiratet sind und Kinder haben, während die wenigen Professorinnen, die wir haben, zum größten Teil ledig oder kinderlos verheiratet sind. Und

eine Nachfolgerin für meine Stelle an einer Gesamtschule zu bekommen. Ich habe festgestellt, dass mir fast alle Frauen abgesagt haben, weil sie nicht bereit waren, diese Verantwortung zu übernehmen. Und ich habe mich gefragt, was können wir tun, damit Frauen sich mehr zutrauen. Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist Gesellschaftspolitik, das geht Männer wie Frauen an. Frauen und Karriere ist ein Thema, wo wir Frauen stark

## Abgeordnete fordern neue Rahmenbedingungen Deutschland darf kein Entwicklungsland für Frauen bleiben

*Trotz Jahre wählender Anstrengungen für eine Gleichstellung der Geschlechter sind Frauen in der Arbeitswelt bis heute unterrepräsentiert. Das gilt besonders für die Führungsetagen in Wirtschaft, Politik, Wissenschaft und Verwaltung. Über die Gründe, mögliche Lösungsansätze und Zukunftschancen sprach Landtag intern mit Brigitte Capune-Kitka (FDP) und Regina van Dinther (CDU) aus dem Frauenausschuss sowie Cornelia Tausch (SPD) und Dr. Ruth Seidl (GRÜNE) aus dem Wissenschaftsausschuss.*

wenn sich knapp 50 Prozent der Akademikerinnen für die Kinderlosigkeit entscheiden, dann ist das ein gesellschaftspolitischer Skandal. Deshalb müssen wir die Rahmenbedingungen verändern. Es darf nicht weiterhin nur Privatsache der Mütter sein, sich um die Kindererziehung zu kümmern. Wir brauchen beispielsweise flexible Erziehungs- und Betreuungseinrichtungen an den Hochschulen. In dem Bereich sind wir in Deutschland wirklich noch ein Entwicklungsland.

machen müssen und vielleicht auch Männer aufwecken müssen, festzustellen, dass wir ein riesiges Potential an gut ausgebildeten Frauen in Deutschland haben. Frauen müssen dafür sorgen, dass sie als selbstverantwortliche Wesen gesehen werden. Da ist Ehegattensplitting für mich ein ganz wichtiges Thema. Wenn wir das Selbstwertgefühl der Frauen stärken und die Rahmenbedingungen verbessern, glaube ich, dass uns auch nicht so viele Frauen auf dem Weg in der Karriere verloren gehen. Wir haben hervorragende Frauen und brauchen keine Green-Card.



Regina van Dinther (CDU)

**Capune-Kitka:** Den haben sie mit Sicherheit nicht. Ich weiß aber nicht, ob das an der Gesellschaft und der Arbeitswelt liegt. Ich glaube, dass wir Frauen da selber noch einiges leisten müssen, um den gebührenden Stellenwert zu bekommen. Ein Beispiel: Als ich damals in den Landtag kam, versuchte ich verzweifelt

**Dr. Seidl:** Ich glaube, dass gesellschaftlich gesehen der Stellenwert sicherlich vorhanden ist. Aber wenn man einmal genauer in die Arbeitswelt hineinschaut, gerade was den Bereich der Wissenschaftspolitik angeht, dann wird man etwas anderes feststellen. Bei den Studienanfängern haben wir in diesem Jahr in NRW erstmals mehr Frauen als Männer, das ist ein sehr erfreuliches Signal – aber je höher man in die verschiedenen Qualifikationsstufen kommt, desto geringer wird der Anteil der Frauen. Und das ist am deutlichsten bei den C-4 Professuren, von denen nur 9,3 Prozent von Frauen besetzt sind. Wir sind zwar mit dem Landesgleichstellungsgesetz ein ganzes Stück weiter gekommen, was das Bewusstsein betrifft, aber Männer sind halt traditionell immer eher in Führungspositionen gewesen. Frauen sind

immer noch nicht stark genug in Führungspositionen vertreten und daran müssen wir arbeiten. An den Hochschulen haben wir dazu



Brigitte Capune-Kitka (FDP)

unterschiedliche Instrumentarien wie das Landesgleichstellungsgesetz mit den Gleichstellungsbeauftragten. Wir haben zudem von der europäischen Ebene das Instrument „Gender Mainstreaming“ und wir haben die leistungsorientierte Mittelvergabe. Wir haben also Instrumente, aber die reichen noch nicht aus.

**Seit Jahren gibt es in der öffentlichen Verwaltung in NRW Frauenbeauftragte. Sollte das auch für die Wirtschaft verbindlich werden?**

**Tausch:** Es gibt große Unternehmen, die Gleichstellungs- oder Frauenbeauftragte eingestellt haben. Dies ist zweifellos ein wichtiges Instrument, um auf formaler Ebene viel für die Frauenförderung zu bewirken. Die Gleichstellung von Männern und Frauen muss aber Aufgabe aller – auch in den Führungsetagen – sein. Der Landtag hat sehr einmütig einen Antrag verabschiedet zum Thema Gender Mainstreaming. Dies bedeutet, die Berücksichtigung von Geschlechterperspektiven zum integralen Bestandteil in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft zu machen. Nur so können wir es schaffen, den Gleichstellungsgedanken tatsächlich kulturell zu verankern. Diese Aufgabe sollte und darf nicht nur an einer Person hängen.

**van Dinther:** Der Unterschied zwischen dem Öffentlichen Dienst und der Privatwirtschaft ist der, dass die

Personen, die selbstständig sind, auch selber zahlen. Und wenn sie selber zahlen, müssen sie auch entscheiden, welche Strategien sie einsetzen. Ich bin mir jedoch ziemlich sicher, dass wir in der Privatwirtschaft eine Entwicklung haben werden, dass auf qualifizierte Frauen in Zukunft zurückgegriffen wird, da viele Anforderungsprofile von Zukunftsberufen auf weibliche Qualifikationen angelegt sind. Und wir wissen anhand der Zahlen, dass entweder Einwanderung oder mehr Frauenerwerbstätigkeit die Lösungen sind. Daher brauchen wir hier keine neuen Gesetze.

**Capune-Kitka:** Nein. Man sollte die Wirtschaft nicht zu etwas zwingen, was zu Entwicklungen führt, die einfach nicht in Ordnung sind. Ich halte Gender Mainstreaming für ein vernünftiges Instrument, wenn ich Männer und Frauen immer gleichermaßen betrachte.

In unserem Antrag zur neuen Gemeindeordnung haben wir gefordert, keine Frauenbeauftragten mehr, sondern Genderbeauftragte oder einen Genderausschuss, der paritätisch mit Frauen und Männern besetzt wird. Wenn ich mir heute betrachte, dass 80 Prozent der Schulabgänger ohne Abschluss Jungen sind, dann muss ich mich fragen, wie kann ich anders mit Ressourcen umgehen.

**Dr. Seidl:** Ich finde, wir sind mit dem Landesgleichstellungsgesetz einen so guten Schritt vorangekommen, dass wir sagen, dieses Instrument sollte eigentlich auch für die Wirtschaft greifen. Der Landesverband der Grünen ist zurzeit auf Tournee mit einem Frauen-Bus und versucht, das weiter voran zu treiben.

Natürlich ist es nur ein Instrument von vielen, zudem ein starres, genau wie die ganzen Quotenregelungen immer starre Instrumente und nur Hilfsinstrumente sind. Solange wir unserem Ziel, dass es wirklich



Dr. Ruth Seidl (GRÜNE)

eine gleiche Teilhabe gibt, nicht näher gekommen sind, brauchen wir diese starren Instrumente.

**Sind aufgrund der leeren Kassen und der bisher schon erreichten Fortschritte spezielle Förderprogramme für Frauen im Land noch vertretbar?**

**Tausch:** Im Rahmen der Haushaltsberatung werden wir mit Sicherheit schauen, das Wünschenswerte machbar zu machen. In Nordrhein-Westfalen existieren aber weitere Fördermöglichkeiten. Das Landesgleichstellungsgesetz gilt für alle Einrichtungen des Landes. Im Bereich Wissenschaft und Forschung existiert seit 1986 das sehr erfolgreiche Netzwerk Frauenforschung. Die Einführung der Juniorprofessuren bietet gerade jungen Frauen einen besseren Einstieg in eine Hochschulkarriere als bisher. Schnupperuniversität für Schülerinnen, Chancengleichheit im Ingenieurstudium und andere Projekte helfen Frauen beim Einstieg. Ein Teil der Mittel werden in den Hochschulen nach Leistungskriterien vergeben, zu denen auch der Erfolg in der Förderung von Frauen zählt. Diese und andere Fördermöglichkeiten müssen weitergeführt und ausgebaut werden.

**van Dinther:** Die werden alle auf den Prüfstand gestellt, da bin ich ganz sicher. Da gibt es Chancen und Risiken. Die Chancen sind die, dass ineffektive Sachen den Bach runter gehen und überzeugende Dinge erhalten bleiben können. Ich hoffe jedoch sehr, dass wir noch ausreichend Entscheidungsspielraum haben werden, um die überzeugenden Programme zu erhalten.

**Capune-Kitka:** Ich frage mich ehrlich, ob z.B. die Regionalstellen Frau und Beruf unter dem Gendergedanken in Zukunft noch weiter existieren müssen. Besonders, weil sie ja auch Männern verschlossen sind. Männer, die z.B. Kinder betreuen, finden keinen Platz in diesen Stellen, auch in den Wiedereingliederungsmaßnahmen nicht. Und das finde ich nicht korrekt.

**Dr. Seidl:** Wir müssen den Kernhaushalt sichern. Wir müssen gucken, was kann man strukturell verändern und wo können wir einsparen. Und das sind bestimmt nicht gerade die Frauenförderprogramme. Gerade die sind wichtige Investitionen in die Zukunft, die sich nicht nur für die Frauen, sondern für das ganze Land bezahlt machen werden. Gerade jetzt, wo viele Hochschulprofessoren in den nächsten Jahren in den Ruhestand gehen, ergibt sich die Chance, diesen Generationswechsel auch für einen Strukturwechsel zu nutzen.

**Die Gespräche führten Stephanie Hajdamowicz und Axel Bäumer.**

# Finanznot der Gemeinden

## Expertenvorschläge im Kommunalausschuss

Als der Ausschuss für Kommunalpolitik den Anhörungstermin zum FDP-Antrag zur künftigen Finanzsituation der Städte und Gemeinden festlegte, war das Thema bereits „Chefsache“ in Berlin. Inzwischen hat die Berliner Kommission zur Reform der Gemeindefinanzen, wie Ausschussvorsitzender Jürgen Thulke (SPD) zu Beginn der Anhörung am 9. Juli mitteilte, ihr Ergebnis vorgelegt. Er bat die Sachverständigen von Verbänden und aus der Wissenschaft um Nachsicht für die Überlappung.

Die FDP hatte in ihrem fünfseitigen, im Februar eingebrachten Antrag verlässliche Einnahmen, Wegfall der Gewerbesteuer, eigenes Hebesatzrecht auf Anteile an Bundessteuern, Konnexität („wer bestellt, bezahlt“) und ein „Vetorecht“ bei kostenwirksamen Gesetzen verlangt. Die Berliner Kommission beendete am 3. Juli ihre Arbeit mit zwei Vorschlägen: Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe bei der Bundesanstalt für Arbeit, was die Kommunen von hohen Ausgaben entlasten soll, und eine breitere Basis für die Gewerbesteuer. Ob Einnahmen aus Zinsen, Mieten und Pachten besteuert werden, ist noch nicht entschieden.

Die Sachverständigen behandelten das Finanzproblem der Städte und Gemeinden grundsätzlich, wie vom Kommunalausschuss erbeten. Bei der Gewerbesteuer standen jedoch zwei Modelle im Mittelpunkt der Meinungen, das „Kommunalmodell“ und das Modell des Bundesverbands der Deutschen Industrie (BDI). Die kommunalen Spitzenverbände wollen die Gewerbesteuer modernisieren. Sie soll von allen Steuerpflichtigen erhoben werden. Einkünfte aus Land- und Forstwirtschaft und aus Vermietung und Verpachtung sollen, wegen der Gefahr von Doppelbelastung, nicht, Zins-einkünfte und Finanzierungsanteile von Anlagevermögen jedoch herangezogen werden.

Ein Freibetrag von 25.000 Euro ist vorgesehen.

Der BDI schlägt einen einheitlichen Zuschlag auf die (abgesenkte) Einkommen- und Körperschaftsteuer für die Kommunen vor. Dabei würden alle Steuerpflichtigen herangezogen und nebenbei werde das Interesse am Gemeindehaushalt gesteigert. Die Gewerbesteuer soll abgeschafft werden, weil sie ungerecht und kontraproduktiv sei, was mehr Beschäftigung und Investitionen betrifft. Nach Meinung von Hans-Jürgen Müller-Seils (BDI) kann das Modell jedoch nicht vor 2006 umgesetzt werden. Der Bundesverband Freier Berufe unterstützt das BDI-Modell.

### REFORM-MODELLE

Professor Dr. Gisela Färber (Speyer) trat den auch von der Bertelsmann-Stiftung vorgelegten Vorschlag einer allgemeinen Bürgersteuer und einer kommunalen Wirtschaftssteuer. Der Bürger soll nicht mehr bezahlen als bisher. Aus seinem Steuerbescheid soll aber erkennbar sein, wie viel direkt vor Ort für die kommunale Daseinsvorsorge ausgegeben wird.

Von Professor Dr. Alois Oberhauser (Gundelfingen) wurde eine kommunale Wertschöpfungssteuer vorgeschlagen, die auch von Löhnen und Gehältern erhoben werden solle.

Professor Dr. Lorenz Jarass (Stanford und Wiesbaden) befürchtete eine „Pseudoreform“ bei der Gewerbesteuer. Er wies auf den internationalen Kapitalmarkt hin, der Wirtschaftsentscheidungen grundsätzlich verändert habe. Die staatlichen Steuerschätzer berücksichtigten die internationale Verflechtung nicht. Der Zusammenbruch der Steuerzahlungen werde durch sinkendes Wachstum noch verstärkt. Ursache sei das deutsche System, Erträge steuerfrei zu stellen und gleichzeitig Kosten von anderen Erträgen abzusetzen. Jarass sprach sich für eine mäßige Belastung aller Wertschöpfungen in Deutschland aus.

Nach der ersten Fragerunde, in der Abgeordnete sich auch an die anwesenden Mitglieder der Berliner Reform-Kommission gewandt hatten, verdeutlichte Roland Schäfer (Städte- und Gemeindebund NRW), weil die Not so groß sei und weil sofort etwas geschehen müsse, habe sich die Kommission auf die sofort umsetzbare Belegung der Gewerbesteuer geeinigt.

Monika Kuban (Städtetag NRW) erläuterte, warum die kommunalen Spitzenverbände mit dem Erreichten zufrieden seien. Die Kommission habe sich auf die Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe und die Modernisierung der Gewerbesteuer beschränkt. Selbstständige sollen einbezogen und die Bemessungsgrundlage für die Gewerbesteuer soll verbreitert werden. Das bringe ab 2004 ein zusätzliches Aufkommen von 3,9 Milliarden Euro, wovon allerdings Verluste bei der Einkommensteuer abzuziehen seien. Bei der Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe komme für die Kommunen eine Netto-Entlastung von sechs Milliarden Euro zustande. Sie würden von den Lasten der Langzeitarbeitslosigkeit befreit.

Für die Gewerkschaft ver.di lehnte Raimund Echterhoff den FDP-Antrag ab und unterstützte das Kommunalmodell, da es alle Nutzer des Leistungsangebots von Städten und Gemeinden an den Kosten beteilige.

### Der FC Landtag hat im Rahmen der NRW-Wirtschaftstage in Moskau ...

... auf der Grundlage der bestehenden freundschaftlichen Beziehungen einen wichtigen Beitrag geleistet. So hatte der Präsident der Stadtduma, Platonow, gleichzeitig Spielführer seiner Mannschaft, zu einem fruchtbaren Gedankenaustausch zwischen den Abgeordneten der Duma und den Mitgliedern des FC Landtag ins Parlamentsgebäude geladen. Spielführer Günter Langen konnte als stellvertretender Vorsitzender der deutsch-russischen Parlamentariengruppe im Beisein einiger Medienvertreter feststellen, dass derartige Kontakte hilfreich für die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen NRW und Russland seien. - Fußball wurde übrigens auch gespielt. Ergebnis: 2:0 für die Gastgeber.



## Anhörung im Rechts- und Innenausschuss

# DNA-Analyse auch schon bei Bagatelldelikten?

*Der genetische Fingerabdruck – Kriminologen sehen darin einen Quantensprung in der Verbrechensaufklärung. Kritiker hingegen befürchten einen weiteren Schritt hin zum „gläsernen Bürger“ – zumindest, wenn die Gen-Analyse bereits bei Bagatelldelikten zum Einsatz kommen könnte. Dies fordert die CDU-Fraktion in ihrem Antrag „Aufklärungsquote steigern – DNA-Analyse als erkennungsdienstliche Maßnahme der Zukunft begreifen“ (Drs. 13/3623).*

*Darüber sowie über den Entschließungsantrag der FDP „DNA-Analyse verantwortungsbewusst einsetzen – Rechtsstaatlichkeit wahren“ (Drs. 13/3687) diskutierten Experten vor dem Rechts- und dem Innenausschuss (Vorsitzende Dr. Robert Orth, FDP, und Klaus-Dieter Stallmann, CDU).*

Die DNA-Analyse ist aus der Verbrechensaufklärung nicht mehr wegzudenken. Viele schwere Straftaten konnten bereits mittels des genetischen Fingerabdrucks aufgeklärt werden. Dabei werden dem Beschuldigten Körperzellen durch eine Speichel- oder Blutprobe entnommen beziehungsweise Spurenmaterial am Tatort sichergestellt und mit den DNA-Datenbanksystemen der Kriminalämter abgeglichen. Doch diesem Verfahren sind Grenzen gesetzt. So hat das Bundesverfassungsgericht entschieden, dass die Feststellung, Speicherung und künftige Verwendung von DNA-Daten einen Eingriff in das grundgesetzlich verbürgte Recht auf informationelle Selbstbestimmung darstellt. Ein Eingriff dürfe daher nur dann vorgenommen werden, wenn das Interesse der Allgemeinheit überwiegt und der Grundsatz der Verhältnismäßigkeit eingehalten wird.

### VORBEHALTE

Daher verlangten die Richter eine Beschränkung der DNA-Analyse auf Beschuldigte und Verurteilte, die wegen einer Straftat von erheblicher Bedeutung (zum Beispiel sexuelle Gewalt, Mord, Totschlag) verfolgt werden oder verurteilt worden sind und wenn Grund zur Annahme besteht, dass gegen die Betroffenen auch künftig erneut Strafverfahren wegen einer solchen Straftat zu führen sind (Negativprognose). Dies muss zudem im

Einzel Fall durch ein Gericht geprüft werden (Richtervorbehalt).

Eine Lockerung dieser Regelungen fordert die CDU-Fraktion, die den Richtervorbehalt für verzichtbar hält und den Einsatz der DNA-Analyse auf alle Straftaten erweitern möchte. Die Landesdatenschutzbeauftragte Bettina Sokol verwies auf die klare Aussage der Verfassungsrichter zum Richtervorbehalt. Ein so weitreichender Eingriff in die Persönlichkeitsrechte der Betroffenen, wie ihn die DNA-Analyse darstelle, verlange eine gründliche Verhältnismäßigkeits- und Einzelfallprüfung durch eine neutrale und unabhängige Instanz. Rückendeckung erhielt sie von Professorin Kirsten Graalman-Scheerer, Leitende Oberstaatsanwältin in Bremen. Aufgrund der wichtigen Stellung, die das Bundesverfassungsgericht dem Richtervorbehalt eingeräumt hat, habe sie keinen Zweifel, dass dieser auch künftig nicht zur Disposition stehen werde. Ebenso sei keine Tendenz aus Karlsruhe erkennbar, den Anlassstrafaten-Katalog zu erweitern, so Detlev Schmitz, Richter am Oberlandesgericht Düsseldorf.

Für eine Ausweitung der Kompetenzen von Polizeibeamten bei der Anordnung von DNA-Analysen sprach sich Rolf Rainer Jaeger vom Bund Deutscher Kriminalbeamter aus. Ein Kriminalbeamter sei sicherlich ebenso gut wie ein Richter in der Lage, gewissenhaft über die Anordnung einer DNA-Analyse zu entscheiden. Man müsse sich endlich von der derzeitigen „Misstrauensdiskussion“ lösen. Un-

Noch nach Jahren werden Täter ermittelt und Unschuldige festgestellt – die DNA-Analyse hat sich zum Königsweg in der Ermittlung von Verbrechen in Vergangenheit und Gegenwart entwickelt. Das Ausmaß ihres Einsatzes ist aber immer noch umstritten.  
Foto: LKA

zureichende personelle Ressourcen bei den Gerichten sollten nicht mit „Routinebeschlüssen“ verbraucht werden, so Jaeger. Es sei darüber hinaus wenig sinnvoll, die Anordnung der DNA-Analyse nur auf erhebliche Straftaten zu beschränken. So habe eine aktuelle Studie des Bundeskriminalamts (BKA) gezeigt, dass 75 Prozent aller ermittelten Vergewaltigter nicht einschlägig sondern „quer durch das Strafgesetzbuch“ vorbelastet seien.

### VORGESCHICHTE

Professor Rudolf Egg von der Kriminologischen Zentralstelle Wiesbaden bestätigte die Ergebnisse der BKA-Studie, dass „die große Mehrzahl sexueller Gewalttäter“ bereits durch andere Straftaten auffällig geworden sei. Aus kriminologischer Sicht sei es jedoch nicht möglich, dem Gesetzgeber eine Art „Straftatenkatalog“ über „mutmaßliche Einstiegsdelikte“ zu erstellen. Von daher befürworte er grundsätzlich die Möglichkeit, die DNA-Analyse auf alle Straftaten auszudehnen.

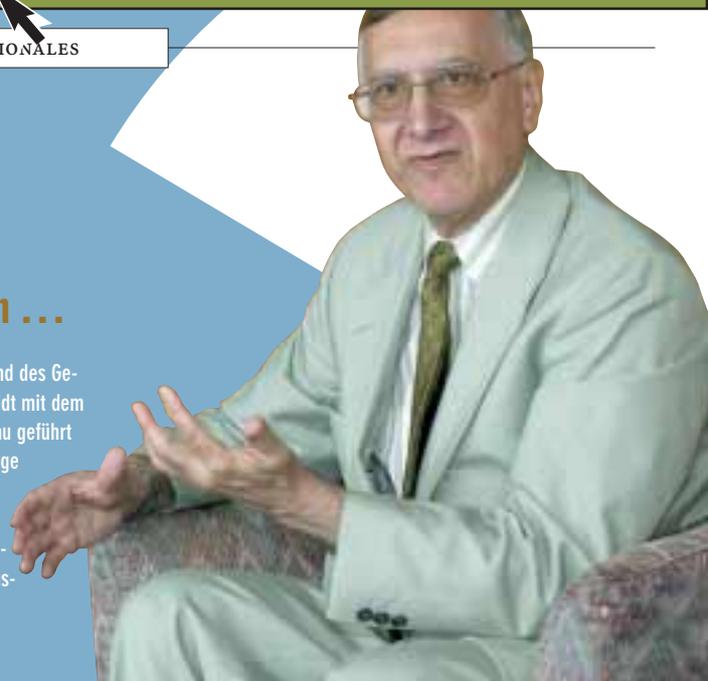
Erhebliche Bedenken gegen auf eine Ausweitung der DNA-Analyse auf Bagatelldelikte äußerte Privatdozentin Dr. Petra Velten von der Uni Linz. Die Aussage des Bundesverfassungsgerichts sei eindeutig: Bei der DNA-Analyse handele es sich wegen der Schwere des Persönlichkeitseingriffs nicht um eine erkennungsdienstliche Standardmaßnahme. Von daher sei sie auch nicht mit dem Feststellen von Fingerabdrücken gleichzusetzen.

ax

## Frankreichs Beziehungen ...

... zu Nordrhein-Westfalen waren Hintergrund des Gesprächs, das Landtagspräsident Ulrich Schmidt mit dem französischen Generalkonsul Jacques Moreau geführt hat. Der Rechtswissenschaftler und Politologe Moreau war lange in verschiedenen Botschaften in Asien tätig, zuletzt als Erster Botschaftsrat in Neu-Delhi. Bei dem Empfang trug sich der Generalkonsul ins Gästebuch des Landtags ein.

Foto: Schälte



## Gemeinsamer Antrag kam nicht zustande

### Eine-Welt-Politik in NRW bald im Internet

Für ein Internet-Portal über Projekte mit Nord-Süd-Bezug machen sich SPD und GRÜNE in ihrer Entschliebung „Eine-Welt-Politik in NRW: Ziele und Aufgaben für die Zukunft“ stark, die der Ausschuss für Europa- und Eine-Welt-Politik am 9. Juli annahm. Die Mehrheit lehnte dagegen den CDU-Antrag „Die Entwicklungspolitik in NRW muss neu konzipiert werden“ ab. Darin hatte die CDU gefordert, die Mittel des Landes auf wenige Entwicklungsländer zu konzentrieren. Auch sollten die Städte und Gemeinden zu Partnerschaften motiviert werden. Die Landesregierung sollte jährlich über die Effizienz des PromotorInnen-Programms berichten.

#### VORBILD

Den FDP-Antrag, in NRW eine Datenbank für transparente und vernetzte Eine-Welt-Arbeit einzurichten, lehnte die Ausschussmehrheit ab. SPD und GRÜNE fühlen sich durch die Expertenanhörung vom Mai 2002 bestätigt. Die NRW-Aktivitäten seien zum Vorbild für andere Bundesländer geworden. Bürgerschaftliches Engagement für eine weltoffene Gesellschaft sei auf professionelle Unterstützung und Bürgererfahrungen angewiesen.

In ihrer Entschliebung sprechen sich SPD und GRÜNE auch dafür aus, eine Internationale Energiekonferenz in Bonn zu unterstützen. Die Landesregierung soll sich aktiv für Sozial- und Umweltstandards und für nachhaltige Entwicklung einsetzen. Schließlich sollen die Leitlinien für die Entwicklungszusammenarbeit aktualisiert werden.

## Unterausschuss „beerdigt“ Metrorapid

### Kosten des Projekts werden ermittelt

*In der letzten Sitzung des Unterausschusses Metrorapid des Verkehrsausschusses am 10. Juli wollte die FDP erfahren, welche objektiven Gründe zum Scheitern des Projekts geführt haben. Sie verlangte, wie auch die CDU, außerdem Aufschluss über die Kosten für das Land.*

Ab Verkehrsminister Dr. Axel Horstmann musste die Abgeordneten enttäuschen. „Vielleicht erst Anfang 2004“ ließen sich die Kosten beziffern, sagte er und wies auf intensive Untersuchungen zur Abwicklung der Verträge und auf Klärung der Erstattung durch den Bund hin. Christof Rasche (FDP) hielt es für beispielhaft für das Finanzdesaster des Landes, wenn nicht einmal die Größenordnung bekannt sei.

Als Gründe für die „Beerdigung“ des Projekts nannte Minister Horstmann, wie auch der Ministerpräsident, die Ablehnung der Deutsche Bahn AG (DB), jegliches Risiko zu übernehmen, ferner die bei der DB parallel entwickelten Alternativen. Auch hätten sich die „Systemhäuser“ nur zur Refinanzierung bereit erklärt, und das Land habe sich durch Landtagsbeschluss gebunden, kein Risiko zu übernehmen.

Heinz Hardt (CDU) verlangte, bis zum Ende der Sommerpause müssten die Kosten geklärt sein, und begrüßte die Aussichten auf den Ausbau der Eisenbahn-Knotenpunkte Dortmund und Köln durch das neue Modell einer Expressbahn. Weitere Fragen nach Auswirkungen auf die Landesverkehrspolitik

sollten, so Unterausschuss-Vorsitzender Gerd Wirth (SPD), im Verkehrsausschuss behandelt werden.

Wolfgang Drese (SPD) sagte voraus, dass der Metro-Express genauso teuer werde wie der Metrorapid, weil eine neue Trasse gebaut werden müsse, was der Minister mit Hinweis auf genau so hohe Anforderungen an Umwelt- und Lärmschutz ergänzte. Charlotte Kann (SPD) bedauerte das Ende des Metrorapid-Projekts und den Verlust der geplanten Investitionen. Peter Eichenseher (GRÜNE) begrüßte dagegen den Abschied von der „zweitbesten Lösung“ für die notwendige Kapazitätserweiterung auf der Hauptachse der Bahn in NRW und vermutete Nutzungsmöglichkeiten aus der Abwicklung des Metrorapid für die Alternative.

Minister Horstmann bat um Unterstützung aller Fraktionen bei der Änderung der Beschlusslage in Berlin und teilte mit, der Ministerpräsident und der Bahnchef würden sich im September über die Metro-Express-Planung einigen. Die neue Nahverkehrs-Schnellbahn solle im Zehnminutentakt mit Höchstgeschwindigkeit bis zu 200 Stundenkilometern verkehren.

## Kritik am Konzept der Ganztagsgrundschule

# Qualifizierter Unterricht statt bloßer Betreuung

*Nachbesserungen am Modell der Offenen Ganztagsgrundschule forderte die Mehrheit der Experten, die im Rahmen einer öffentlichen Anhörung im Schulausschuss (Vorsitz Dr. Heinz-Jörg Eckhold, CDU) gehört wurden. Zwar seien einige gute Ansätze erkennbar, diese reichten jedoch bei weitem nicht aus, um den Ergebnissen der PISA-Studie erfolgreich entgegenzuwirken. Die von der CDU-Fraktion beantragte Anhörung stieß auf ein so großes Interesse der Öffentlichkeit, dass der Plenarsaal fast bis zum letzten Platz gefüllt war.*

Im kommenden Jahr starten in NRW zunächst 240 der insgesamt 3.500 Grundschulen als offene Ganztagschule mit einem Förder- und Betreuungsangebot am Nachmittag. Die Kosten hierfür werden zu zwei Dritteln vom Land übernommen, für den Rest müssen die Kommunen aufkommen. Ehrgeiziges Ziel von NRW-Schulministerin Ute Schäfer (SPD) ist es, bis zum Schuljahr 2007/2008 rund 200.000 weitere Plätze an Ganztagsgrundschulen zu schaffen. Zwei von drei Grundschulen sollen bis dahin den Ganztagsbetrieb anbieten.

Das Konzept der offenen Ganztagsgrundschule als Garant für bessere Schulleistungen stieß bei Bildungswissenschaftlern und Schulpraktikern jedoch auf erhebliches Misstrauen.

Die Ganztagsgrundschule könne, wenn überhaupt, nur dann Erfolg haben, wenn ihr solide pädagogische Standards zugrunde gelegt würden. Dort, wo Schule draufsteht, müssten auch Lehrer drin sein, forderte die Lehrgewerkschaft NRW. Unterricht mit qualifizierten Lehrkräften dürfe nicht durch bloße Betreuungsangebote von Laienpersonal wie Eltern, Studenten oder Senioren ersetzt werden. Auf diesem Wege könne der Bildungsmisere nicht begegnet werden.

Mehrere Schulleiter sowie Vertreter der Städte und Gemeinden beklagten sich zudem über unzureichende finanzielle Unterstützung vom Land. So reiche die bisherige Landesförderung lediglich dazu aus, drei Lehrerstunden pro Woche am Nachmittag zu finanzieren. Das

widerspreche dem Ziel der Chancengleichheit. Es dürfe nicht so sein, dass Kinder aus sozial schwachen Familien von diesen Angeboten aus Kostengründen ausgeschlossen blieben, mahnte ein Vertreter der Evangelischen Kirchen an, da ihre Bildungsbenachteiligung dadurch noch verstärkt würde. Grundsätzlich meldete er jedoch Bereitschaft an, einen Beitrag zum Konzept offene Ganztagschule zu leisten.

### „MOGELPACKUNG“

Harsche Kritik äußerte hingegen der Verband der katholischen Lehrerinnen und Lehrer, der das Regierungskonzept als „Mogelpackung“ rigoros ablehnte und von einer „Betreuungsschule“ sprach. Unterstützung erhielt er von der Sprecherin des Elternvereins NRW: Die Ganztagschule bzw. -betreuung sei keine Antwort auf die PISA-Studie, da es schließlich keinen zusätzlichen Unterricht gebe. Im Übrigen blieben die Kosten für Ganztagsangebote bei den Eltern hängen.

Nahezu alle Experten, allen voran die Vertreter der Wohlfahrtsverbände, warnten nachdrücklich vor einer Schließung der Horte, die nach dem Willen der Landesregierung weitgehend in dem schulischen Ganztagsangebot aufgehen sollen. Damit werde eine bewährte, nach gesetzlich verankerten Qualitätsstandards arbeitende Institution der Jugendhilfe aufgegeben. **ax**

## Finanzbedarf wird geprüft

Die aktuelle Gebührendiskussion und die wirtschaftliche und finanzielle Situation der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten standen im Mittelpunkt der jüngsten Sitzung des Medienausschusses. Dazu nahmen die Vertreter der Kommission zur Ermittlung des Finanzbedarfs der Rundfunkanstalten (KEF) sowie die Intendanten der Öffentlich-Rechtlichen Stellung. Hervorgehoben wurde, dass die KEF zunächst die ihr vorgelegten Bedarfsanmeldungen der Rundfunkanstalten zu prüfen habe. Zu den in der Presse genannten Zahlen führte Dr. Horst Wegner von der KEF aus, dass „man sie zunächst einmal vergessen“ und das Prüfungsergebnis der KEF abwarten solle. Bisher hätten die Bedarfsanmeldungen nie unverändert der Prüfung durch die KEF standhalten können. Mit dem endgültigen Bericht der KEF könne Ende 2003, Anfang 2004 gerechnet werden.



## +++Aktuelles+++ aus den Ausschüssen

Zum Bildungstag „Lehren und Lernen in der EUREGIO“ am 22. September im Wirtschaftszentrum Gronau hat die EUREGIO den **Schulausschuss** (Vorsitz Dr. Heinz-Jörg Eckhold, CDU) eingeladen. Warum nicht mehr Schulen im deutsch-niederländischen Grenzgebiet zweisprachigen Unterricht anbieten, ist eine der Fragen, die anlässlich des 25-jährigen Bestehens des EUREGIO-Rates behandelt werden.

+++

Über fahrradfreundliche Städte und Kreise informiert sich der **Verkehrsausschuss** (Vorsitz Manfred Hemmer, SPD) bei einer Radtour, für die vom 17. bis 19. September von Oberhausen (Radstation) aus die „Fietsstad 2000“ Veenendaal (Niederlande), Moers, Euskirchen sowie die Radstation Brühl und (GPS-geführt) eine Tour in Mülheim und Hamm als Ziele vorgesehen sind.

+++

Mit dem neuen Vorstandsvorsitzenden der WestLB Dr. Johannes Ringel setzt der **Haushaltsausschuss** (Vorsitz Volkmar Klein, CDU) am 24. Juli die vertraulichen Beratungen über Ergebnisse der Sonderprüfung durch die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht fort.

+++

Der **Sozialausschuss** (Vorsitz Bodo Champignon, SPD) hörte am 11. Juli Sachverständige zum Gesetzentwurf zur Gleichstellung behinderter Menschen (Drs. 13/3855) an.

+++

Zur Weiterentwicklung der Erziehungsberatung in NRW trugen dem **Ausschuss für Kinder/Jugend/Familie** (Vorsitz Annegret Krauskopf, SPD) am 10. Juli im Dortmunder Rathaus die örtlichen Sachverständigen ihre Erfahrungen vor.

+++

Auf alle Datenbanken für Flüge in die USA hätten die US-Zoll- und Sicherheitsbehörden

derzeit Zugriff. Das solle jedoch, so die Datenschutzbeauftragte im **Innenausschuss** (Vorsitz Klaus-Dieter Stallmann, CDU) am 26. Juni, geändert werden, so dass die Fluggesellschaften die US-Behörden mit den nach Europarecht zulässigen Daten beliefern.

+++

Das Baukammerngesetz wird im **Städtebauausschuss** (stellv. Vorsitz Heinz Sahnen, CDU) erst am 8. Oktober abschließend beraten. In der Sitzung am 9. Juli meldete die SPD-Fraktion Änderungswünsche an. Der Ausschuss sprach sich in Anwesenheit von 40 Architekten und Bauingenieuren, außerdem einvernehmlich für den Erhalt der Honorarordnung für diese Berufe sowie für eine Novellierung aus.

+++

Im **Innenausschuss** berichtete Innenminister Dr. Fritz Behrens (SPD) über einen Polizeieinsatz im Dominikanerkloster Schwalmtal im Kreis

Viern. Dort hatte sich die Priorin dagegen gewehrt – massiv assistiert durch „Unterstützerinnen“ im Kloster –, dass eine richterliche Anordnung der Vorführung von drei endgültig abgelehnten kurdischen Asylbewerbern vollzogen werden konnte.

Der Minister: Es gebe kein Recht auf „Kirchenasyl“, das Rechtsbrechern dauerhaft Schutz gewähre.

+++

Der **Untersuchungsausschuss** „Landesgesellschaften“ (Vorsitz Oda-Gerlind Gawlik, SPD) fasste nach der Konstituierung am 15. Juli erste Beweisbeschlüsse.

+++

Zum Ende 2003 soll der Referentenentwurf eines Gesetzes zur einheitlichen Einführung kaufmännischer Buchführung in Städten und Gemeinden in NRW vorliegen, kündigte das Innenministerium beim Besuch des **Innenausschusses** in der Pilotgemeinde Hiddenhausen an.

Der Aufbau von Sirenen sei Sache der Kommunen, Landeszuschüsse seien dafür nicht vorgesehen, erklärte das Innenministerium im **Innenausschuss** bei der Beratung des Zukunftskonzepts Großschadensabwehr (Katastrophenschutz). Der Köln/Bonner Flughafen, an dem das Land zu 30 Prozent beteiligt ist, strebt bis zum Jahresende 2003 Platz 3 unter den deutschen Flughäfen an. Die Schienenanbindung soll bis zum Juni 2004 fertig sein, und zwar für ICE, Regionalbahn und S-Bahn. Das erfuhre der **Haushaltsausschuss** bei seiner auswärtigen Sitzung am 10. Juli von Flughafendirektor Michael Garvens.

+++

Über das Grünbuch zum „Unternehmergeist“ der EU-Kommission berichtete das Wirtschaftsministerium im **Europaausschuss** (Vorsitz Ute Koczy (GRÜNE), der Bundesrat lehne die EU-Ebene ab und verweise auf die regionale Aufgabe, den Unternehmergeist zu fördern.

+++

Zeitgleich zur zentralen Pressekonferenz der Deutschen Bahn in Berlin informierten DB-Bevollmächtigte am 2. Juli die **Parlamentarische Gruppe Bahn** (Vorsitz Manfred Hemmer, SPD) über Änderungen am Preissystem ab 1. August.

+++

Nach kontroverser Diskussion lehnte die SPD-/GRÜNE-Mehrheit im **Wissenschaftsausschuss** (Vorsitz Joachim Schultz-Tornau, FDP) den CDU-Antrag „Forschungs- und Technologiestandort NRW gefährdet - Land muss Klarheit für überregionale Forschungseinrichtungen schaffen“ (Drs. 13/4055) ab.

+++

Um so genannte „Au-pair-Vermittlungsstellen“ im Internet, die junge Frauen quasi als Freiwild feilböten, sorgte sich die CDU im **Frauenausschuss** (Vorsitz Inge Howe, SPD). In der Sitzung am 13. Juni berichtete das Ministerium über den Schutz von Au-pair-Beschäftigten.

+++

Durch das Nachrücken eines FDP-Mitglieds in den Landtag nach dem Tod von Jürgen W. Möllemann ändert sich die Zusammensetzung der drei größten Ausschüsse (25 Mitglieder), in denen die CDU nach dem Parteiaustritt Möllemanns einen Sitz mehr erhalten hatte. Dem **Haushalts-, Petitions- und Verkehrsausschuss** gehören nun wieder je zwei ordentliche FDP-Mitglieder an.



Illustration: h2m

# „Noch ein langer Weg in Richtung EU“

## FDP-Landtagsfraktion zu Besuch in der Türkei

*Istanbul, Ankara und die Schwarzmeer-Küste – fünf Tage war die FDP-Landtagsfraktion NRW zu Gast in der Türkei, führte Diskussionen mit hochrangigen Vertretern der Regierung, Journalisten, zahlreichen zivilen Organisationen und der Bevölkerung. Das Fazit der Liberalen: „Die Türkei ist auf dem richtigen Weg in Richtung EU-Eintritt. Es bedarf jedoch noch Zeit und Geduld, bis notwendige Reformen umgesetzt und etabliert sind.“*

Die türkische Regierung, so der Vizepräsident des türkischen Parlaments, Yilmaz Ates, arbeite derweil mit Hochdruck daran, die Verfassungsänderungen umzusetzen, um die Voraussetzungen für eine vollwertige Mitgliedschaft in der EU zu schaffen. Der FDP-Fraktionsvorsitzende Dr. Ingo Wolf begrüßte diese Initiative, warnte jedoch: „Gesetze dürfen nicht nur erlassen, sondern müssen auch gelebt werden.“ Das gelte insbesondere für die Menschen- und Bürgerrechte sowie die Informations- und Meinungsfreiheit.

Auch die Pressefreiheit sei in der Türkei noch „meilenweit“ vom EU-Standard entfernt, berichteten Journalisten lokaler Zeitungen und TV-Stationen. In der türkischen Berichterstattung komme es besonders auf Fingerspitzengefühl an. Man müsse halt wissen, was berichtet werden könne und welche Berichterstattung bei der Regierung zu einem Rechtsverfahren führen würde. Allerdings habe allein der Status

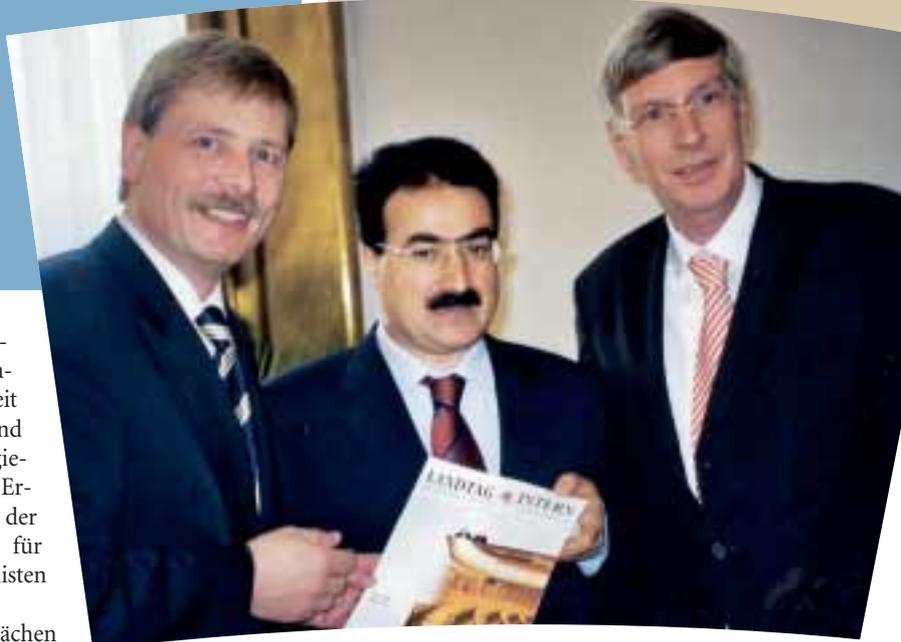
als EU-Beitrittsland die journalistische Arbeit erleichtert und seitens der Regierung zu einer Erweiterung der Kompetenzen für die Journalisten geführt.

In Gesprächen mit der Bevölkerung wurde eine gewisse Skepsis gegenüber der Union deutlich. Die Türkei, so sei eine weit verbreitete Meinung, werde als Stiefkind der EU behandelt, berichtet ein Einwohner Trabzons, der selbst jahrelang in Deutschland gelebt hatte. Unabhängig davon, welche zusätzlichen Forderungen der EU man erfülle, werde man immer wieder neue Einwände zu hören bekommen, wie beispielsweise die politische Instabilität einiger Nachbarländer oder die fehlende gemeinsame Geschichte oder Religion. Die Bevölkerung erwarte keinen konkreten Zeitplan von der Union, aber eine klare Perspektive. Wolf bat um Geduld und Gelassenheit. „Auch wenn die Türkei kein europäisches Land ist, kann es von der politischen Situation durchaus irgendwann zur Europäischen Union gehören.“ Alles brauche jedoch seine Zeit. Zudem müsse die Frage gestellt werden, ob die EU stark genug für den Eintritt eines so großen Landes wie der Türkei sei. Denn dieses, so betonten Regierungsvertreter, werde die Kooperation nur als gleichwertiger und starker Partner eingehen.

### INTEGRATION

Weiteres zentrales Thema der Reise war die Optimierung der Integration von in Deutschland lebenden Türken. Wolf sprach sich für ein Erlernen der deutschen Sprache aus, bevor türkische Staatsbürger auf dem Wege des Familiennachzugs nach Deutschland ziehen. Die Integration zu optimieren und oft sprachlich bedingte Integrationsbarrieren zu be-

Werbung für eine gute Sache – der Vizepräsident des türkischen Parlaments, Yilmaz Ates (m.), erhält aus der Hand von Jan Söffing (L), Vizepräsident des Landtags, und Dr. Ingo Wolf (r.), Fraktionsvorsitzender der FDP, ein Exemplar der Parlamentszeitschrift „Landtag intern“.



seitigen, sei ein besonderes Anliegen der FDP und eine gesellschaftliche Verpflichtung, so der Fraktionsvorsitzende. Dies gelte insbesondere für Nordrhein-Westfalen, mit rund 830.000 das Bundesland mit den meisten türkischstämmigen Mitbürgern.

### VOLKSFEST

Insgesamt wertete Dr. Ingo Wolf die Reise als einen vollen Erfolg: „Unsere Fraktion ist überwältigt von der Gastfreundschaft und Offenheit der Menschen, die wir in der Türkei erfahren haben.“ Die Bevölkerung der kleinen Kreisstadt Tonya, nahe Trabzon, hatte die FDP-Fraktion beispielsweise mit einem Volksfest überrascht. Als Ursprungsstadt vieler türkischer Migranten aus dem Ruhrgebiet hatten zahlreiche Einwohner über Jahre in Deutschland gelebt, haben Verwandtschaft und Freunde in NRW oder waren ganz einfach nur aus Deutschland auf Heimaturlaub in Tonya. Stundenlang führten die Abgeordneten Gespräche mit der Bevölkerung, diskutierten mit Lokalpolitikern und übten sich auf dem Marktplatz in traditionellen Volkstänzen.

„Die Informationsreise hat wieder gezeigt, dass gegenseitiges Verständnis und Respekt nur erreicht werden können, wenn man sich austauscht und miteinander redet“, so Dr. Ingo Wolf. „Auch wenn es derzeit durchaus noch unterschiedliche Auffassungen von gelebter Demokratie gibt, war diese Reise ein entscheidender Schritt zur Verbesserung und Intensivierung der deutsch-türkischen Freundschaft.“

## Jahresverzeichnis

Das gedruckte Verzeichnis mit dem Inhalt der Parlamentszeitschrift „Landtag intern“ für das Jahr 2002 ist erschienen und kann schriftlich, per Fax oder E-Mail angefordert werden:

Landtag NRW – Landtag intern –  
Postfach 10 11 43 40002 Düsseldorf;  
Fax 0211/8 84 30 70 und email@landtag.nrw.de

Ende September öffnet der Landtag seine Pforten

## Die Kinder stehen im Mittelpunkt

Wenn der Landtag Nordrhein-Westfalen am Wochenende des 20. und 21. September in der Zeit zwischen 10 und 18 Uhr seine Pforten zum Tag der offenen Tür öffnet, dann dürfen die vier Landtagsfraktionen natürlich nicht fehlen. Jede Fraktion hat ihr Programm unter ein bestimmtes Motto gestellt. Kinder und Jugendliche - soviel sei vorab schon einmal verraten - werden dabei im Mittelpunkt stehen. Selbstverständlich wird es auch genügend Zeit und Raum für politische Themen sowie die Möglichkeit für Gespräche mit den Abgeordneten und Fraktionsmitarbeitern geben.



„Mut zu Reformen -  
gemeinsam für unser  
Nordrhein-Westfalen“

### Die Fraktion.

Spielerisch Informationen sammeln – so ließe sich das Angebot der SPD-Fraktion am Tag der offenen Tür zusammenfassen. An dem Informationsstand in der Wandelhalle werden die Abgeordneten und die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Fraktion Fragen der Gäste beantworten, sowie Broschüren, Flyer, Stifte und Luftballons verteilen. Hier ist auch der Startpunkt für das Stationsspiel. Alle die mitmachen wollen, bekommen am Infostand eine

Postkarte mit fünf Fragen aus den den unterschiedlichen politischen Themenbereichen. Die richtigen Antworten erhalten die Besucher, wenn sie der roten Linie durch fünf Stationen im Fraktionsbereich folgen. Wer alle Fragen alle Fragen richtig beantwortet hat, kann an einer Tombola teilnehmen.

Darüber hinaus wird die SPD-Fraktion über Großleinwand ihre Internetseite und ihre Arbeit in einem Film vorstellen. Auch Sportfans müssen auf nichts verzichten, da wichtige Sportereignisse ebenfalls übertragen werden. Besucherinnen und Besucher, die sich gerne mit einem der Landtagsabgeordneten fotografieren lassen möchten, haben dazu Gelegenheit. Die Fotos werden ihnen auf Wunsch per E-Mail zugeschickt oder direkt am Infostand ausgedruckt.

Für die Betreuung von Kindern unter sechs Jahren ist natürlich auch gesorgt. Während den Kleinen in gemütlicher Atmosphäre beispielsweise etwas vorgelesen wird, haben Eltern die Möglichkeit, sich in aller Ruhe zu informieren.

schneller Autos, enger Kurven und heißer Pisten eine besondere Attraktion: eine fast 35 Meter lange, vierspurige Carrerabahn. Mit computergesteuerter Zeiten- und Runden- Erfassung gehen jeweils ein schwarzer, roter, gelber und grüner Wagen ins Rennen. Die Veranstalter hoffen natürlich darauf, dass der schwarze Flitzer seinen Heimvorteil nutzt und möglichst oft als Erster ins Ziel kommt – was dann beim entscheidenden Rennen im Mai 2005 wiederholt werden soll.

Außer der Carrerabahn, die sicher nicht nur Kinder anlocken dürfte, unterhält bei der CDU-Landtagsfraktion ein Clown die kleinen und großen Besucher. Mit witziger Situationskomik, als seltsamer Fotograf oder mit Hundeleine ohne Hund hält „André“ manche Überraschung bereit.

Für eine bei Spitzenpolitikern eher seltene Form der öffentlichen Rede hat sich CDU-Fraktionschef Jürgen Rüttgers entschieden: Er wird Märchen erzählen. Das Büro des Vorsitzenden wird dazu im Stile von „1000 und einer Nacht“ dekoriert. Anschließend drängt



„Wir im Westen -  
für Sie da“

Im wahrsten Sinne des Wortes rundgehen wird es bei der CDU-Fraktion. Im Zentrum des CDU-Fraktionssaals erwartet die Freunde





Probelauf geglückt – am 6. Juli konnte Landtagspräsident Ulrich Schmidt (M.) an die 350 Bürgerinnen und Bürger begrüßen, die sich an diesem offenen Sonntag das Landtagsgebäude anschauen und über den Landtag informieren wollten. Der Präsident führte die erste Gruppe durch das Haus und erläuterte im Plenarsaal Aufgaben und Arbeit der gewählten Volksvertretung. Fotos: Schälte

es weitere CDU-Landtagsabgeordnete auf den Chefsessel, so dass an beiden Tagen jeweils zur ungeraden Stunde eine Märchen-Lesung auf dem Programm steht.

Zur Stärkung der Kinder gibt es Popcorn, während die Erwachsenen von den Arbeitskreisen der Fraktion gefüttert werden – mit Informationen.



„NRW braucht Tempo – spielend gewinnen mit der FDP“

So laden die Liberalen zu einer bunten und temporeichen Mischung aus Politik, Spiel und Spannung ein. Anlässlich des Weltkindertages sind es die jungen Menschen, die im Mittelpunkt des Programms stehen. An diesem Tag darf die FDP ausnahmsweise auch einmal in rheinischem Dialekt mit „Für De Pänz“ übersetzt werden.

Ein Highlight bei den Liberalen ist die Show mit Clown „Pepe“. Als Clown, Magier, Pantomime, Artist und Jongleur begeistert er nicht nur die kleinen Zuschauer. Zudem können Kinder durch eine Schminkeaktion in eine andere Rolle schlüpfen.

Wer seiner Kreativität freien Lauf lassen möchte, kann sein Talent beim Malwettbewerb der FDP-Fraktion unter Beweis stellen. Die selbst gemalten Bilder verschönern später nicht nur den Landtag, es gibt auch eine

Menge toller Preise zu gewinnen. Und je nach Lust und Laune können Kids einen selbst gestalteten Button als Andenken mitnehmen. Außerdem steht eine Versteigerung handsignierter Fußbälle von Bundesliga-Mannschaften aus Nordrhein-Westfalen zugunsten von Kindern auf dem Programm.

Klar, dass auch die Politik nicht zu kurz kommen darf: Kinder zeigen, wie sie die Politik verstehen und welche Wünsche sie an die Verantwortlichen haben. Die stehen ihnen für Rede und Antwort zur Verfügung. Neben ihren Abgeordneten freut sich die Fraktion der Liberalen auf viele kleine und große Besucher - und mehrere bekannte Überraschungsgäste.



„Sitzblockieren, rotieren, diskutieren, regieren: Grüne zwischen gestern und heute“

Ein Stück Natur in den Landtag bringt die Fraktion der Grünen, die ihren Stand in der Wandelhalle mit echtem Fertiggras und echten Sonnenblumen schmücken wird. Auch



Das neue Logo des Landtags NRW.

im Außenbereich auf dem Balkon sollen - ganz im Zeichen des Parteinamens - eine Grüne Oase sowie ein kleiner Bauernhof entstehen.

Vor dem Plenarsaal locken allerhand Attraktionen für Jung und Alt: Unter anderem wird es ein Glücksrad, einen Flipper, eine Fußballwand sowie eine Bastelecke für Kinder geben. An die ganz Kleinen wurde natürlich ebenfalls gedacht. So wird es neben einem Spiel- und Krabbelbereich für Kleinkinder auch eine Wickel- und Stillecke geben.

Wer sich immer schon einmal Arm in Arm mit einem der Grünen Minister fotografieren lassen wollte, wird dazu Gelegenheit haben: Eine Papp-Bärbel-Höhn und ein Papp-Michael-Vesper stehen bereit. Die Bilder können vor Ort ausgedruckt und als Andenken mit nach Hause genommen werden.

Neben dem Unterhaltungsprogramm dürfen natürlich auch politische Themen und Informationen nicht fehlen. Abgeordnete sowie Mitarbeiter der Fraktionen werden den Fragen der großen und kleinen Besucherinnen und Besucher Rede und Antwort stehen. Darüber hinaus führt eine Eine-Welt-Gruppe das Marionettentheaterstück „Vlundsich aus dem All“ im Fraktionssaal auf. Filmvorführungen erinnern zudem an den Einzug der Grünen in den Deutschen Bundestag und bieten Einblicke in vergangene Fraktionssitzungen im Düsseldorfer Landtag.

SPD

## SPD: Neues Landespflegegesetz macht den Weg frei für private Investitionen

Mit dem Landespflegegesetz wird der Weg frei gemacht für private Investitionen und einen Abbau des in den letzten Jahren aufgelaufenen Investitionsstaus von rund 4,7 Milliarden Euro bei den ambulanten Diensten und stationären Einrichtungen“, erklärt Horst-Dieter Vöge, stellvertretender Vorsitzender der SPD-Landtagsfraktion. Zudem ziehe der Landtag mit dem Gesetz die Konsequenzen aus der Evaluation des bisher geltenden Landespflegegesetzes und aus dem Urteil des Bundessozialgerichts, das eine öffentliche Förderung aller Anbieter auf dem Pflegemarkt fordere.

Horst-Dieter Vöge unterstrich, dass ein langer Beratungsprozess mit Anhörungen und zahlreichen Gesprächen mit Experten auf allen Seiten vorausgegangen sei, der auch zu Veränderungen des Gesetzesentwurfs geführt habe. So sei die Absenkung der Investitionskostenpauschale für ambulante Dienste wieder zurückgenommen worden. Die SPD-Fraktion habe einen intensiven Diskussionsprozess darüber geführt, wie Ansprüche an Qualität mit den vorhandenen finanziellen Ressourcen in Einklang gebracht werden könnten.

Abschließend kritisierte Vöge die inkonsequente Haltung der CDU. Sie konstatiere Handlungsbedarf und fordere die Landesregierung auf, das Land möge Investitionen tätigen, erwähne aber mit keinem Wort, wie dies angesichts der Kassenlage der öffentlichen Haushalte finanziert werden solle.

CDU

## CDU: NRW schneidet beim Bundesverkehrswegeplan schlecht ab

Nach der Verabschiedung des Bundesverkehrswegeplans durch das Bundeskabinett hat der verkehrspolitische Sprecher der CDU-Landtagsfraktion, Heinz Hardt, kritisiert, dass Nordrhein-Westfalen sich mit wichtigen Projekten nicht habe durchsetzen können. „Das Ergebnis ist keine gute Bilanz für unser Land“, erklärte Hardt. Ein verkehrspolitischer Aufbruch bleibe aus, und das größte Bundesland stecke weiter im Stau.

Von den zusätzlich beantragten Großvorhaben seien der Ausbau der A61 zwischen Mönchengladbach und Wanlo, der A4 zwischen Köln/Merheim und Bergisch-Gladbach/Moitzfeld, der A1 zwischen Ascheberg und Hamm-Bockum/Werne, der A40 zwischen Duisburg/Homberg und Duisburg, der A524 zwischen Krefeld/Uerdingen und Duisburg/Serm sowie der Bau der Ortsumgehung Waldbröl/Denklingen (B256) nicht berücksichtigt worden. Bei diesen sechs wichtigen Projekten mit einem Volumen von insgesamt 460,9 Millionen Euro habe es die rot-grüne Landesregierung nicht geschafft, eine Aufnahme in den vordringlichen Bedarf zu erreichen. NRW konnte damit noch nicht einmal die Hälfte des angemeldeten Investitionsbedarfs realisieren.

„Die Planung der Landesregierung hat dazu geführt, wichtige Ortsumgehungen im ländlichen Raum zu blockieren“, kritisierte Hardt. Obwohl die Planung zum Teil weit fortgeschritten sei – etwa bei der Ortsumgehung Heek in Westfalen (B70) – würden diese Maßnahmen nun für viele Jahre auf Eis gelegt.

FDP

## FDP: Dieckmann trifft Dieckmann

Auf den ersten Blick haben sie nicht viel gemeinsam: Der eine (r.) arbeitet in der Pressestelle der FDP-Fraktion und beim FDP-Abgeordneten Joachim Schultz-Tornau – der andere (l.) ist sozialdemokratischer Finanzminister. Tatsächlich aber haben sie fast täglich miteinander zu tun. Die Rede ist von Jochen Dieckmann und Jochen Dieckmann. Die zufällige Namensgleichheit führte bereits zu kuriosen Verwicklungen, als beide noch gar nicht in Düsseldorf arbeiteten. Aber jetzt häufen sich die Verwechslungen. Auch wenn die Landtags-Poststelle viel Pffiffigkeit aufbringt, die Post für Dieckmann und Dieckmann korrekt zuzustellen, verirren sich zahlreiche Briefe und erst recht E-Mails. Zu unterscheiden sind sie dennoch: Bärbel Dieckmann heißt die Ehefrau des Finanzministers und ist Oberbürgermeisterin in Bonn, die andere Bärbel Dieckmann ist die Schwester des blau-gelben Dieckmanns und Bildhauerin in Berlin.

GRÜNE

## Grüne: Schöne Ferien!



Foto: Schälte

Ein gewaltiger Haufen Arbeit liegt hinter uns: Es ist viel erreicht worden für die Menschen in Nordrhein-Westfalen. Nach den hektischen und arbeitsintensiven letzten Wochen haben wir uns jetzt alle eine erholsame Pause verdient, damit wir uns mit neuen Kräften bald wieder an die Arbeit machen können. Die Fraktion der Grünen wünscht allen Abgeordneten und ihren MitarbeiterInnen, den MitarbeiterInnen des Landtages und den LeserInnen von ‚Landtag intern‘ eine erholsame Sommerpause!





## Porträt der Woche: Ralf Witzel (FDP)

Wenn man sich mit dem FDP-Abgeordneten Ralf Witzel zu einem Gesprächstermin im Landtag verabreden will, dann muss man sich auf ein relativ spätes Treffen einstellen. „Nach 17 Uhr können Sie kommen, wann Sie wollen. Ich bin bestimmt bis 22 Uhr im Haus“, sagt der Mann, der gerade erst 28 geworden war, als er vor drei Jahren in den Landtag einzog. Der 31-Jährige Essener ist seither der drittjüngste Abgeordnete im Parlament – nach seinem Parteifreund Christian Lindner (24) und dem Kaufmann Thomas Kufen (CDU, 29 Jahre).

In seinem Heimat-Wahlkreis seien die Leute erst einmal sehr überrascht gewesen. Dort habe er vor allem bei seinem ersten Anlauf als Kandidat für den Landtag 1995 Probleme gehabt, akzeptiert und anerkannt zu werden. Viele lebens- und berufserfahrene Wählerinnen und Wähler hätten damals gesagt, er solle doch erst mal sein eigenes Geld verdienen, sich informieren, wie viele Steuern die Leute zahlen und wie das Geld der Bürger ausgegeben werde.

Dabei wusste er das freilich schon recht früh: Nach dem Abitur 1991 am Essener Stadtwald-Gymnasium und dem Besuch der Höheren Handelsschule für Wirtschaft und Verwaltung studierte er Betriebswirtschaftslehre. Das führte ihn nach dem Examen und der Diplomarbeit geradewegs zum Baukonzern Hochtief, wo er seit dem Herbst 1999 als Personalreferent für Führungskräfteentwicklung arbeitet. Eine Doppelbelastung neben der Abgeordneten-Tätigkeit? „Nein“, sagt Ralf Witzel, „das eine profitiert vom anderen, doch Sie brauchen sehr viel Dis-

ziplin.“ Und das führt dann – siehe oben – zu langen Abenden im Landtag.

Nach drei Jahren dort und viel Überzeugungsarbeit hat er dazugelernt und ist auch selbstbewusster geworden: „Wenn ich mit der Fachöffentlichkeit im Bildungsbereich rede, dann habe ich den Eindruck, dass ich als kompetenter Ansprechpartner respektiert werde.“ Überhaupt ist es schwer, in einem Gespräch mit Ralf Witzel nicht früher oder

### LIEBLINGSTHEMA BILDUNG

später auf das Thema Bildung zu kommen – mit Abstand Witzels Lieblingsthema, schließlich ist er bildungspolitischer Sprecher seiner Fraktion. Dann könnte er sich in Fahrt reden, die steigenden Schülerzahlen und die schlechte Bildung im Vergleich zu früher beklagen, dass NRW hier auf einem Niveau mit Mexiko stehe, dass Lehrer und Schüler viel zu schlecht motiviert seien und dass den Lehrern viel praktische Erfahrung fehle.

Und wenn er mal wieder über Bildung spricht, dann denkt er auch immer wieder an seine eigene Schulzeit zurück: „Wir hatten einen außerordentlich lebendigen Politikunterricht, haben Podiumsdiskussionen in der Klasse gemacht.“ Immer, wenn zwei Schüler in Pro- und Contra-Runden gegeneinander antreten mussten, dann war Witzel einer der ersten, der sich gemeldet hat. Damals habe er mehr und mehr festgestellt, dass seine Vorstellungen inhaltlich mit denen der FDP am besten zusammenpassten. Elterliche Vorbelastungen habe es nicht gegeben, auch

keine Einflüsse aus dem Freundeskreis. Und so kam es, dass er schon 1986 in den Partei-Jugendverband der FDP eintrat. Das war an seinem 14. Geburtstag. „Ich habe mich furchtbar geärgert, dass ich noch zwei Jahre warten musste, bis ich dann bei der richtigen Partei mit 16 mitmachen durfte.“ Inzwischen hat es der Autor des Buchprojektes „Bürgergeld rettet Arbeitsmarkt“ bis zum Landesvorsitzenden der Jungen Liberalen und zum Vorsitzenden der Essener Freidemokraten gebracht. Seit fast zehn Jahren ist er Mitglied des FDP-Landesvorstandes.

Für private Dinge außerhalb seiner Hauptbeschäftigungen als Landespolitiker und Personalreferent bleibt dem Single Ralf Witzel nicht viel Zeit. Gerne besucht er Fußballspiele seines Lieblingsvereins, dem 1. FC Köln, oder genießt einen Theaterabend. Gerne lässt er sich bekochen, denn bei ihm zu Hause gilt das Motto „Tüte auf, Wasser drauf“. Witzel: „Es gibt einige Dinge, die sollte man besser denen überlassen, die sich damit auskennen.“

Autor:  
Ralph  
Goldmann



## Ehrenplakette für Ulrich Schmidt

Für sein jahrelanges Engagement als Freund und Förderer des Technischen Hilfswerks (THW) in Wetter hat Landtagspräsident Ulrich Schmidt die höchste Auszeichnung des THW, die Ehrenplakette in Gold, erhalten. Sie wurde ihm vom Landesbeauftragten Dr. Hans-Ingo Schliwienski überreicht, der dabei betonte, seit den 70-er Jahren gebe es eine enge Beziehung zwischen Schmidt und dem THW in Wetter. So habe er die Schirmherrschaft für Hilfstransporte nach Russland übernommen und nach der Flutkatastrophe in Ostdeutschland den THW-Helfern für ihren Einsatz gedankt. „Die Aktiven sind immer zur Stelle, wenn Hilfe gebraucht wird“, entgegnete der Landtagspräsident und fuhr fort: „Mein aufrichtiger Dank gilt allen, die seit Bestehen des Technischen Hilfswerks ihr Engagement in den Dienst am Menschen gestellt haben.“

## Ehrenzeichen für die Feuerwehr

Die Landesregierung will den Kreis der Personen erweitern, die nach 25 bzw. 35 Jahren aktivem Dienst mit dem Feuerwehr-Ehrenzeichen ausgezeichnet werden können. Bisher waren es aktiv im Feuerwehrdienst Tätige, die das Ehrenzeichen in Silber oder Gold erhalten konnten. Der Gesetzentwurf, den die Landesregierung jetzt vorgelegt hat (Drs. 13/3943), bezieht künftig auch die kommunalen Feuerwehrbeamtinnen und -beamten in den Kreisleitstellen ein. Das sei alles in allem nur eine Ausweitung um ein Prozent, erklärte Innenminister Dr. Fritz Behrens (SPD) bei der ersten Lesung. Die Auszeichnung ist nicht nur Ausdruck der Anerkennung für einen gefährlichen Dienst, sondern hat auch zum Ziel, die Ehrenamtlichkeit der Feuerwehrleute anzuerkennen und zu würdigen. In zweiter Lesung wurde das Gesetz soeben verabschiedet.

### LANDTAG INTERN

**Herausgeber:** Der Präsident des Landtags Nordrhein-Westfalen, Ulrich Schmidt, Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf, Postfach 101143, 40002 Düsseldorf

**Redaktion:** Stephanie Hajdamowicz (Chefredakteurin), Jürgen Knepper (Chef vom Dienst), Maria Mester-Grüner (Redakteurin), Fotoredaktion: Bernd Schälte, Telefon (02 11) 884-23 03, 884-23 04, 884-25 45 und 884-23 09, Fax 884-30 70, pressestelle@landtag.nrw.de

**Redaktionsbeirat:** Carina Gödecke MdL (SPD), Parlamentarische Geschäftsführerin; Helmut Stahl MdL (CDU), Parlamentarischer Geschäftsführer; Marianne Thomann-Stahl MdL (FDP), Parlamentarische Geschäftsführerin; Johannes Rimmel MdL (GRÜNE), Parlamentarischer Geschäftsführer; Hans-Peter Thelen (SPD), Pressereferent; Norbert Neß (CDU), Pressesprecher; Michael Block (FDP), Pressesprecher; Rudolf Schumacher (GRÜNE), Pressesprecher.

**Nachdruck mit Quellenangabe erbeten**  
**Satz/Gestaltung/Layout:**

h2m Kommunikations-Agentur, Duisburg · www.h2-m.de

**Herstellung und Versand:**

VVA Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Höherweg 278, 40331 Düsseldorf

**Internet-Adresse:** www.landtag.nrw.de

**LANDTAG INTERN** wird auf umweltschonend hergestelltem, chlorfrei gebleichtem Papier gedruckt.

## Geburtstagsliste

Vom 18. Juli bis 24. September 2003

18.7.	Dr. Hans-Joachim Franke (CDU)	64
20.7.	Donata Reinecke (SPD)	59
22.7.	Helmut Stahl (CDU)	56
22.7.	Dr. Axel Horstmann (SPD)	49
23.7.	Marlies Stotz (SPD)	44
24.7.	Dr. Renate Düttmann-Braun (CDU)	59
25.7.	Michael Scheffler (SPD)	49
27.7.	Klaus Strehl (SPD)	60
28.7.	Franz-Josef Pangels (CDU)	68
29.7.	Wolfgang Kölker (CDU)	44
30.7.	Peter Budschun (SPD)	63
31.7.	Lothar Niggeloh (SPD)	64
1.8.	Ellen Werthmann (SPD)	66
4.8.	Hannelore Brüning (CDU)	61
5.8.	Thomas Kufen (CDU)	30
7.8.	Vera Dedanwala (SPD)	60
9.8.	Rüdiger Sagel (GRÜNE)	48
10.8.	Irmgard Mierbach (SPD)	61
13.8.	Dietrich Kessel (SPD)	62
14.8.	Dr. Stefan Grill (FDP)	42
20.8.	Wolfgang Drese (SPD)	60
20.8.	Axel Dirx (SPD)	57
21.8.	Ilka Keller (CDU)	59
21.8.	Werner Jostmeier (CDU)	53
23.8.	Dr. Annemarie Schraps (CDU)	67
28.8.	Edgar Moron (SPD)	62
29.8.	Richard Blömer (CDU)	59
29.8.	Felix Becker (FDP)	54
29.8.	Ursula Doppmeier (CDU)	51
31.8.	Herbert Reul (CDU)	51
2.9.	Wilhelm Lieven (CDU)	69
2.9.	Jamal Karsli (fraktionslos)	47
3.9.	Karin Jung (SPD)	61
6.9.	Jürgen Jentsch (SPD)	64
8.9.	Jochen Dieckmann (SPD)	56
11.9.	Gabriele Kordowski (CDU)	50
15.9.	Dr. Stefan Berger (CDU)	34
16.9.	Britta Altenkamp (SPD)	39
17.9.	Jutta Appelt (CDU)	64
17.9.	Anke Brunn (SPD)	61
21.9.	Dieter Hilser (SPD)	50
24.9.	Heinz Hardt (CDU)	67

**Herbert Reul (CDU)**, Landtagsabgeordneter aus Leichlingen, ist als Kreisvorsitzender der CDU Rheinisch-Bergischer Kreis für weitere zwei Jahre mit 85 Prozent der Stimmen in seinem Amt bestätigt worden.

**Oda-Gerlind Gawlik (SPD)** ist auf gemeinsamen Vorschlag aller vier Fraktionen vom Landtag zur Vorsitzenden des auf Beschluss des Landtags eingerichteten Parlamentarischen Untersuchungsausschusses „Landesgesellschaften“ gewählt worden. Stellvertretender Vorsitzender wurde Herbert Reul (CDU).

**Oliver Keymis (GRÜNE)** ist neuer verkehrspolitischer Sprecher seiner Fraktion. Er ist Nachfolger des von diesem Amt zurückgetretenen Fraktionskollegen **Peter Eichenseher**. Keymis ist auch kultur- und medienpolitischer Sprecher seiner Fraktion.

*Raum für Aufkleber (Postvertrieb)*



## Mehr als bloßes Blätterrauschen ...

... entspannt sich im Plenum des Landtags um die Vorlage des Waldberichts 2001: Mehrere Oppositionsabgeordnete warfen der Umweltministerin vor, sie habe sich über das Gesetz hinweggesetzt. Das schreibe vor, so der Abgeordnete Clemens Pick (CDU) in seiner Mündlichen Anfrage, dass zu Beginn einer Legislaturperiode die Landesregierung über den Zustand des Waldes zu berichten habe. Ursprünglich für 2002 angekündigt, dann auf die erste Hälfte des Jahres 2003 verschoben, habe das Parlament den Bericht immer noch nicht in Händen. Umweltministerin Bärbel Höhn (GRÜNE) warb um Verständnis für die Verzögerung und kündigte an, in Kürze werde dem Kabinett der Bericht vorgelegt, dann dem Landtag. Wenn das nun 14 Tage nach Ende des ersten Halbjahres geschehe, dann wundere sie sich über das „Theater“, das darum gemacht werde. – Unser Bild: Sauerländischer Wald.